45. Jahrgang. Bochum, den 11. März 1933. Nummer 10.

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ◆ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ◆ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ◆ Postscheck-Konto Hannover Nr. 576 13. ◆ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. ◆ Tel.-Nr. 608 21. ◆ Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

# Zum 50. Todestag von Karl Marx.

Seit dem 14. März 1883 ruht das, was an Karl Marx sterblich war, in kühler Erde auf dem Friedhofe des Londoner Vorortes Highgate. Das Unsterbliche an ihm aber, seine Lehre von der zwangsläufigen Ordnungsgestaltung im öffentlich-rechtlichen Zusammenwirken der Wirtschaftsgesellschaft, das heißt, seine Lehre von der Ursache aller Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, hat ewigen Bestand. Ewig — gewertet als die Zeit, in der das Vorhandensein vernunftbegabter Menschen feststellbar ist.

Wo Menschen zusammen leben, da vollzieht sich das in einer ganz bestimmten Rechtsordnung und auch Rangordnung, was sich bisher aber auch immer gleichzeitig als eine ausgesprochene Herrschaftsordnung darbot. Nicht nur als eine Herrschaftsordnung in politischer oder verwaltungsmäßiger Hinsicht, sondern vor allem auch in rein wirtschaftlicher. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, Kapitalist und Lohnarbeiter — kurz: Unterdrücker und Unterdrückte, Ausbeuter und Ausgebeutete standen und stehen sich in der Entwicklungsgeschichte der Wirtschaftsgesellschaft immer in ununterbrochenem Interessenkampf, genannt Klassenkampf, gegenüber. Die unsterbliche Lehre von Karl Marx, das ist die Lehre vom Klassenkampf!

Nicht Marx hat den Klassenkampf gelehrt und gepredigt, sondern Marx hat den seit Bestand der Wirtschaftsgesellschaft tobenden Klassenkampf erklärt. Und diese seine besondere — die Marxsche — Erklärung des ununterbrochen tobenden Klassenkampfes sowie seine Schlußfolgerung zur Beseitigung dieses Klassenkampfes und zur Schaffung einer großen Volks- und darüber hinaus auch Menschengemeinschaft — das ist Marxismus! Der Marxismus ist damit die idealste Geistesschöpfung, die je einem menschlichen Hirn entsprungen ist und umschließt ein so hehres und hohes Zielstreben, daß es den Kleinmütigen und Banausen nur noch als Traum und Phantasie erscheint. Und selbst das letztere auch nur noch dann, wenn sie sich überhaupt die Mühe machen, ihren Marxismus von Marx selbst und nicht von irgendeinem seiner Kritiker zu beziehen, die sich ihrerseits meistens auch wieder nur ihre Weisheit aus der Kritik schöpften. Wie es aber gar bei den andern, bei der Herrenklasse, um die Auffassung über den Marxismus bestellt ist, dafür ein Beispiel:

## Der Marxismus im Kopfe Papens.

Den Vizekanzler Franz von Papen hörten wir am Rundfunk über alle deutschen Sender folgende Erklärung geben über das, was Marxismus sei:

„Der unheilvolle Vorgang der Proletarisierung und Politisierung, wie er mit der Industrialisierung eingesetzt hat, wurde wirtschaftlich, sozial, geistig, ja seelisch weitgehend vorangetrieben. Das ist, was ich unter Marxismus verstehe.

Es ist Marxismus, wenn ein wirtschaftliches Unternehmen nach dem anderen vom Großkapital verschlungen und bürokratisiert wird.

Es ist Marxismus, wenn in der Wirtschaft niemand mehr mit seiner eigenen ganz auf sich selbst gestellten Existenz für das Unternehmen haftet.

Es ist Marxismus, wenn eine Hilfsaktion durch den Staat die andere ablöst.

Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß es Marxismus ist, wenn der Staat die Tüchtigkeit und Selbstverantwortung durch ein System der öffentlichen Lasten bestraft, welches die Menschen zur Staatsfeindschaft, zur unternehmerischen Resignation, ja zur Flucht aus den deutschen Grenzen treibt!

Und es ist Marxismus, wenn eine Politik der Preisbindung den gesamten Mittelstand vernichtet, das Volk in zwei Hälften einteilt, in solche, die irgendwo im Wirtschaftsprozeß dabei sind, und in solche, die hoffnungslos außerhalb stehen.

Es ist Marxismus, ein Volk auf neue Bildungsideale hin zu erziehen und Wissenprüfungen einzuführen und in jedem die zauberhafte Vorstellung zu erwecken, als ob er mit einem Leistungsnachweis in der Hand nun den Anspruch ohne einen Einsatz und Risiko auf ein schönes Leben haben könne."

Den Verhältnissen angepaßt, können wir für heute hierzu nur erwidern: Hier hört jede Diskussionsmöglichkeit auf!

## Die Lehre von Karl Marx.

Die Lehre von Karl Marx umschließt drei große Fragen an das Leben:

1. **Warum gibt es eine Klassenscheidung und einen Klassenkampf?**
2. **Warum hat keine der früheren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen Bestand halten können?**
3. **Wird die heutige Ordnung Bestand halten, und wenn nicht: was wird nach ihr kommen?**

**Die erste Frage** findet ihre Erklärung in der Verteilung von Grund und Boden und der Produktionsmittel. Aller Grund und Boden — die natürliche Ernährungsgrundlage — ist unter eine kleine Schicht aufgeteilt, so daß der übrigen Menschheit nichts anderes verbleibt als ihre Arbeitskraft, abgesehen von jener kleinen Gruppe, die im Besitze der industriellen Produktionsmittel ist. Die Nur-Arbeitskraftbesitzer haben nur die eine Möglichkeit zur Existenzsicherung, ihre Arbeitskraft den Besitzern von Grund und Boden und der Produktionsmittel zur Arbeitsleistung zu leihen gegen Lohn. Der Klassenkampf — der also unter diesem Tatsachenverhältnis etwas absolut Natürliches ist — besteht nun darin, daß die Besitzenden die fremde Arbeitskraft möglichst **billig** haben wollen, während die Lohnarbeiter ihre Arbeitskraft möglichst **teuer**, also gegen **hohe** Löhnung, abgeben wollen. Gibt es einen Menschen, der die Tatsache und Unvermeidlichkeit dieses Kampfes in der privatkapitalistischen Wirtschaft leugnen will? Nun wohl: Dieser Kampf ist das, was Marx und wir Klassenkampf nennen.

Konsequenz: **Wenn die Unvermeidlichkeit dieses Kampfes zugegeben wird, dann ist damit auch die Unvermeidlichkeit des Klassenkampfes und das Recht der Arbeiterklasse, ihn organisiert zu führen, bestätigt.**

**Zur zweiten Frage** sagt Marx, daß jegliche Wirtschaftsordnung der wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung der Menschheit dienen soll. Wenn sie dieser Aufgabe nicht mehr oder nicht mehr erträglich gerecht wird, wird sie gesprengt. Die Sklavenwirtschaft fiel, als die Menschen so zahlreich wurden, daß sie nicht mehr alle von den Besitzern des Grund und Bodens — den Grandseigneuren — als Sklaven beschäftigt werden konnten. Die Sklaven wurden freigegeben und als „Hörige", als Pächter, als untertänige Hintersassen angesetzt. Die Nichtsbesitzer waren also wohl persönlich „frei", konnten aber nur leben, soweit sie von den Feudalen gegen Bezahlung beschäftigt wurden oder ein Lehen (gepachtetes Grundstück) erhielten, wofür sie den Zins oder Abgaben an Erzeugnissen (den „Zehnten") oder Fron- bzw. Spanndienste leisten mußten. Außerdem bestimmten die Grundbesitzer — die Feudalherren und die herrschende Schicht —, wie und in welchem Berufe sich jemand seinen Unterhalt erwerben durfte. Mit der fortschreitenden Vermehrung der Menschen, besonders in den Städten, wuchs der Widerstand der Nichtsbesitzer gegen dieses Feudalsystem und es wurde gesprengt. An seine Stelle kam die Wirtschaftsfreiheit aller —

# die privatkapitalistische Wirtschaft.

**Die dritte Frage** wäre damit zu beantworten. Marx sagt, daß so, wie die früheren Ordnungen fallen mußten, auch diese Wirtschaftsordnung fallen wird. Nicht vielleicht, wie manche naive Marxgegner annehmen, weil es den Marxisten so gefiele, sondern weil sie schließlich für die Menschen — für die Wirtschaftsgesellschaft — nicht mehr tragbar sein wird, da sie den Menschen auf die Dauer keine genügende Existenzmöglichkeit zu bieten vermag. Warum nicht?

Weil das privatkapitalistische Wirtschaften nicht auf Bedarfsdeckung eingestellt ist, sondern lediglich auf Kapitalverwertung. Das soll heißen, daß der Sinn des privatkapitalistischen Wirtschaftens darin besteht, für das angelegte Kapital einen normalen Prozentsatz an Gewinn zu erzielen. Nur wenn die Kapitalisten diesen Prozentsatz Gewinn (Profit) erzielen können, wirtschaften sie. Wenn nicht, legen sie ihre Unternehmen still. Die Folge: Arbeitslosigkeit, Elend — Krise! Daraus folgt weiter, daß dann, wenn sie wirtschaften, sie also Profit erzielen. Dieser Profit wird immer wieder als neues Kapital zum alten hinzugeschlagen. Damit wächst das Gesamtkapital dauernd. Mit dem Wachstum des Gesamtkapitals muß aber auch der Profit wachsen. Ein Beispiel:

Wenn im Kapitalismus 100 Milliarden Mark angelegt sind, dann müssen, bei 10 Prozent Gewinn, 10 Milliarden Mark Profit herauskommen. Im folgenden Jahre werden aber diese 10 Milliarden Mark Profit zu den anderen 100 hinzugeschlagen, so daß dann schon 110 Milliarden Mark Kapital zu verzinsen sind. Bei 10 Prozent Gewinn müssen dann in diesem nächsten Jahre schon 11 Milliarden Mark Profit herauskommen. So also steigert sich das Kapital immer mehr, wobei notgedrungen auch der Profit immer höher getrieben werden muß. Der Profit kann aber nicht beliebig gesteigert werden, weshalb der Unternehmer um den wachsenden Profit kämpfen muß. Dieser Kampf ist in seiner letzten Wirkung ein Kampf um die Höhe des Lohnes. Je höher der Lohn steht (Sozialversorgung durch Versicherung, Urlaub usw. hinzugezählt), desto niedriger muß der Profit bei der Abrechnung sein. Je weniger Lohn gezahlt wird, um so höher ist der Profit.

Der Kampf um den wachsenden Profit ist also ein steter Kampf um den Lohn. Der Lohnabbau aber findet eine Grenze am Existenzminimum. Der Arbeiter muß mindestens soviel an Lohn bekommen, daß er sich am Leben halten kann. Wenn diese Grenze da ist, bestimmt vorerst der Arbeiter, der um dieses Existenzminimum in stetem Kampfe mit dem Kapitalisten steht. Und wenn nun dieses Existenzminimum erreicht ist, die Kapitalisten also nicht mehr weiter den Lohn ermäßigen können, dann besteht trotzdem für sie die Zwangsläufigkeit, für ihr wachsendes Kapital auch wachsenden Profit zu erstreben. Sie versuchen es zuerst durch immer größere Maschinisierung des Produktionsapparates, um so die Arbeiter und deren Lohn ganz sparen zu können. Dadurch können sie vielleicht ihr Unternehmen rentabel machen, aber sie vergrößern das soziale Elend durch Erzeugung und Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Und an diesem Punkte entscheidet sich erst das Schicksal dieser Wirtschaftsordnung. Das Wirtschaftssystem ist gut. Der einzelne Kapitalist kann sich erhalten und rentabel wirtschaften. Aber dieses System schafft allmählich eine Gesellschaftsordnung, die unerträglich wird. Die Frage ersteht: **Wer erhält die Arbeitslosen?** Und wenn das System nicht in der Lage ist, diese Frage zu beantworten, dann ist sein Ende gekommen. Nicht, weil es den Marxisten nicht gefällt, sondern weil es für die Menschheit — die Wirtschaftsgesellschaft — nicht mehr tragbar ist, es sei denn, daß man sich auf den Standpunkt stellt, daß derjenige, der keine Arbeit findet und nicht vom Staate genügend unterhalten werden kann, eben kein Anrecht auf das Leben hat. Aber auch das könnte nur kurze Zeit halten, weil dann, wenn wir einmal so weit sind, die allgemeine Verelendung und Verarmung sich so steigern müßte, daß die Menschen, zur Verzweiflung getrieben, sich unter allen Umständen einen Ausweg suchten. Und diesen Ausweg sucht Marx im Sozialismus, in dem nicht mehr der Privatkapitalist um seine Prozente kämpft, sondern nur für den tatsächlichen Bedarf gewirtschaftet wird.

Unsere Zeit bestätigt die Marxsche Lehre voll und ganz. Das empfinden auch die sogenannten Antimarxisten, wie die Ausführungen von Papens über Marxismus beweisen. Auch sie merken alle, daß die Entwicklung genau so geht, wie es Marx vorausgesagt hat. Nur nehmen sie sonderbarerweise an, daß das alles diesen Weg nimmt, **weil Marx ihn so geschildert hat.** Sie glauben, die Wirtschaft würde der Lehre von Marx folgen, und wollen nicht glauben, daß Marx nur gelehrt hat, daß die Wirtschaft durch ihre eigenen privatkapitalistischen Entwicklungsgesetze einfach diesen Weg gehen muß. Statt nach den Ursachen in der Wirtschaft selbst zu suchen, klagt man die Theorie von der Wirtschaft an. Man will die Marxsche Lehre ausrotten und meint, daß damit auch die Entwicklung nicht mehr die Bahnen weiterginge, auf der wir sie jetzt beobachten und die Marx in seiner Lehre aufgezeigt hat. Das ist ein Trugschluß, der sehr gefährlich werden kann.

Die Arbeiterschaft erkennt das alles klar. Sie weiß, daß auch die anderen Schichten sehr bald ihren Irrtum erkennen müssen. Wir stehen auf der Wacht. Und nichts kann uns beirren. Karl Marx wird mit seiner Lehre trotz allem triumphieren, weil sie nicht eine freigeschaffene Theorie umschließt, sondern ganz einfach die Lehre vom privatkapitalistischen System ist. Wer deshalb den Marxismus überwinden will, der muß das privatkapitalistische System überwinden! Das ist es, was heute, 50 Jahre nach dem Tode von Karl Marx, nach Anerkennung drängt und in weiteren 50 Jahren nicht nur von allen anerkannt, sondern auch Erfüllung erfahren haben wird.

# Wohin geht der wirtschaftspolitische Kurs?

**Bochum, den 2. März 1933.**

Wenn diese Niederschrift in die Hände unserer Leser gelangt, ist die politische Entscheidung vom 5. März gefallen. Ein Wahlkampf, wie ihn Deutschland noch nicht erlebte, wird beendet sein. Wer nach dem 5. März die politische Kommandobrücke in Deutschland beherrschen wird, ist zur Stunde noch unentschieden. Sicher ist nur soviel, daß, ganz gleich wie das Wahlergebnis ausfallen mag, der Kampf um die wirtschaftliche, soziale und politische Neugestaltung Deutschlands weitergehen wird.

Jede Regierung, mag sie heißen wie sie will, wird nach dem 5. März vor die Aufgabe gestellt sein, rasch und wirksam einen Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos anzubahnen. Gelingt dieses Rettungswerk nicht, dann wird keine politische Macht und keine polizeiliche Maßnahme ausreichen, um den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Steigt auch in der Folgezeit die Arbeitslosigkeit weiter, dann werden die barbarischen Zustände in Deutschland nicht gemildert, sondern gesteigert. Vieles, ja alles wird daher von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und vor allem von den zu ergreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen abhängen.

Die Art der wirtschaftspolitischen Rettungsversuche wird allerdings entscheidend davon abhängen, wie die neuen Machthaber die Ursachen der Wirtschaftskrise und die Mittel zu ihrer Behebung beurteilen. Wenn man sich beispielsweise auch nach dem 5. März auf den wahlagitatorischen Standpunkt stellt, der Marxismus habe Deutschland ruiniert, und wenn man dementsprechend unter diesem bekämpfenswerten Marxismus die bisherige tarifliche Lohnpolitik versteht, dann werden die künftigen Machthaber ihre Aufgabe vermutlich in neuen Lohnabbaumaßnahmen sehen. Wenn man unter dem Kampf gegen den Marxismus schließlich einen Kampf gegen die bisherigen Sozialleistungen versteht, dann werden sie auch vor einem neuen Sozialabbau nicht zurückschrecken. Kurzum: wenn man sich auf den Standpunkt stellt, die Wirtschaftsnot in Deutschland sei nur vorhanden, weil die lohn- und sozialpolitischen Errungenschaften der Gewerkschaften das wirtschaftliche Gleichgewicht gestört hätten, dann wird die künftige Regierung folgerichtig ihre wirtschaftspolitische Mission darin sehen, die Lebenshaltung der Arbeitnehmer noch tiefer herabzudrücken. Dann wird man den Wünschen der Zechenherren im Ruhrgebiet, die Lohnabkommen und Manteltarif erneut gekündigt haben, folgen und ihren Verschlechterungsplänen Rechnung zu tragen versuchen. Dann wird die stark zusammengeschrumpfte Kaufkraft der Arbeitnehmer nicht gestärkt, sondern weiter geschmälert. Dann wird man versuchen, die tariflichen und sozialen Rechte der Arbeiterschaft völlig zu zerschlagen.

Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß wir einen derartigen Kurs für mehr als verhängnisvoll halten würden, da er todsicher zu einer unheilvollen Wirtschaftskatastrophe führen müßte. Dieser Weg weiterer lohn- und sozialpolitischer Verschlechterungen könnte nur von denjenigen beschritten werden, die offenkundige wirtschaftliche Tatsachen absolut leugnen bzw. die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten völlig verkennen oder aber, unbekümmert um das Allgemeinwohl, rücksichtslos privatkapitalistische Gewinninteressen vertreten. Das ist ein hartes, aber sehr berechtigtes Werturteil. Das ist ein Werturteil, das vor allen Dingen die Bergarbeiter aussprechen müssen.

Wichtiger als alles Gerede über die „marxistische Mißwirtschaft" in der Nachkriegszeit ist nämlich die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung. Wir verweisen nur noch einmal auf die Entwicklung der bergmännischen Leistungsergebnisse, wie sie sich in dem sogenannten Schichtförderanteil je Mann ausdrücken. Dieser Schichtförderanteil weist in den einzelnen Bergbaugebieten folgende Entwicklung auf:

**Förderanteil je Mann und Schicht im Steinkohlenbergbau.**

Ruhrgebiet.

| | |
|---|---|
| 1920 | 631 Kg. |
| 1922 | 633 Kg. |
| 1924 | 860 Kg. |
| 1926 | 1114 Kg. |
| 1928 | 1191 Kg. |
| 1930 | 1353 Kg. |
| 1931 | 1487 Kg. |
| 1932 (November) | 1675 Kg. |

Oberschlesien.

(Seit 1925 nur Deutsch-Oberschlesien.)

| | |
|---|---|
| 1920 | 635 Kg. |
| 1922 | 624 Kg. |
| 1924 | 933 Kg. |
| 1926 | 1266 Kg. |
| 1928 | 1340 Kg. |
| 1930 | 1434 Kg. |
| 1931 | 1579 Kg. |
| 1932 (November) | 1783 Kg. |

Niederschlesien.

| | |
|---|---|
| 1920 | 403 Kg. |
| 1922 | 446 Kg. |
| 1924 | 556 Kg. |
| 1926 | 734 Kg. |
| 1928 | 844 Kg. |
| 1930 | 864 Kg. |
| 1931 | 893 Kg. |
| 1932 (November) | 962 Kg. |

Aachen.

| | |
|---|---|
| 1920 | 497 Kg. |
| 1922 | 500 Kg. |
| 1924 | 611 Kg. |
| 1926 | 815 Kg. |
| 1928 | 901 Kg. |
| 1930 | 983 Kg. |
| 1931 | 1038 Kg. |
| 1932 (November) | 1196 Kg. |

Aus vorstehenden Zahlenreihen ergibt sich, daß im Ruhrgebiet und in Oberschlesien das Leistungsergebnis je Mann und Schicht in den letzten zwölf Jahren nahezu um das Dreifache gestiegen ist. Aber auch in den beiden anderen Bergbaubezirken ist eine Steigerung des Schichtförderanteils in fast ähnlichem Ausmaße zu verzeichnen. Daraus ergibt sich, daß die Lohnkosten je Produktionseinheit gewaltig zurückgehen mußten. Das ist auch in der Tat der Fall. Zum Beweis dafür erwähnen wir nur die Entwicklung der Lohnkosten im Ruhrbergbau. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

**Lohnkosten im Ruhrbergbau je Fördertonne.**

| | |
|---|---|
| 1913 | 5,94 M. |
| 1925 | 7,30 M. |
| 1927 | 7,10 M. |
| 1929 | 7,02 M. |
| 1930 | 6,66 M. |
| 1931 (Januar) | 5,93 M. |
| 1931 (Dezember) | 5,01 M. |
| 1932 (Oktober) | 4,24 M. |

Der Lohnanteil je Förderton ne liegt demnach trotz des verminderten Geldwertes nahezu ein Drittel unter dem Stande von 1913. Der Leistungseffekt gegenüber 1913 ist aber im Ruhrgebiet um nahezu das Doppelte gestiegen. Aus diesem Mißverhältnis allein ergibt sich der Widersinn neuer lohnpolitischer Verschlechterungspläne. Infolge des gestiegenen Schichtförderanteils sind auch die Lohnkosten in den übrigen Bergbaubezirken weitgehend gesunken.

Um das Bild abzurunden, sei noch kurz auf die Entwicklung im Braunkohlenbergbau verwiesen. Hier zeigt die Entwicklung des Schichtförderanteils folgendes Bild:

**Förderanteil je Mann und Schicht im Braunkohlenbergbau.**

Mitteldeutschland.

a) Westlich der Elbe.

| | |
|---|---|
| 1924 | 4,72 To. |
| 1926 | 6,34 To. |
| 1928 | 8,07 To. |
| 1930 | 9,50 To. |
| 1931 (3. Vierteljahr) | 10,79 To. |
| 1932 (3. Vierteljahr) | 11,39 To. |

b) Oestlich der Elbe.

| | |
|---|---|
| 1924 | 5,94 To. |
| 1926 | 9,04 To. |
| 1928 | 9,70 To. |
| 1930 | 10,56 To. |
| 1931 (3. Vierteljahr) | 13,04 To. |
| 1932 (3. Vierteljahr) | 12,79 To. |

Bezirk Köln.

| | |
|---|---|
| 1924 | 13,20 To. |
| 1926 | 16,58 To. |
| 1928 | 23,10 To. |
| 1930 | 23,82 To. |
| 1931 (3. Vierteljahr) | 23,93 To. |
| 1932 (3. Vierteljahr) | 23,01 To. |

Auch diese Zahlen aus dem Braunkohlenbergbau zeigen genau wie im Steinkohlenbergbau eine ungeheure Steigerung der Leistungsergebnisse je Mann und Schicht. Sie beweisen, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands in der Nachkriegszeit vor allem auf eine unerhörte Anspannung der bergmännischen Arbeitskraft zurückzuführen ist. Wieviel Schweiß und Blut in diesen Produktionsziffern stecken, kann nur der ermessen, der das bergmännische Arbeitsleben kennt und mitten drin steht. Gegenüber denjenigen, die das Schauermärchen von der „marxistischen Mißwirtschaft" in Deutschland verbreiten, müssen wir daher immer fragen:

# Haben die Bergarbeiter Deutschland ruiniert?

Waren es nicht die Bergarbeiter, die nach dem Zusammenbruch des Krieges zahllose Ueberschichten verfuhren und im Interesse des Wiederaufbaues unerhörte Opfer brachten? Waren es nicht die Kumpels, die mit unterernährtem und ausgemergeltem Körper in den ersten Nachkriegsjahren ungeheure Leistungen vollbrachten? Waren es nicht die Bergarbeiter, die durch ihre opfervolle Arbeit nach dem Ruhrkampf die durch die politischen Wirren verlorengegangene handelspolitische Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkte wieder zurückeroberten? Hat man ganz vergessen, daß damals die deutsche Wirtschaft infolge des passiven Widerstandes völlig zusammengebrochen war? Müssen wir deshalb noch einmal daran erinnern, welchen Weg die deutsche Kohlenwirtschaft in der Nachkriegszeit nahm?

**Steinkohlenförderung im Deutschen Reich.**

| | |
|---|---|
| 1923 | 62,3 Mill. To. |
| 1924 | 118,7 Mill. To. |
| 1925 | 132,6 Mill. To. |
| 1927 | 153,5 Mill. To. |
| 1929 | 163,4 Mill. To. |

Aber nicht nur die Kohlenwirtschaft wurde wieder aufgebaut, auch die Absatzmärkte im Auslande wurden wieder zurückerobert. So weist zum Beispiel der Auslandsversand an Kohlen folgende Entwicklung auf:

**Auslandsversand deutscher Steinkohlen.**

| | |
|---|---|
| 1913 | 45,4 Mill. To. |
| 1923 | 9,8 Mill. To. |
| 1924 | 27,1 Mill. To. |
| 1925 | 32,7 Mill. To. |
| 1926 | 54,1 Mill. To. |
| 1927 | 39,1 Mill. To. |
| 1929 | 42,1 Mill. To. |

Das sind wirtschaftliche Tatsachen, die, wie schon betont, eine deutlichere Sprache reden als alles Gerede von der sogenannten marxistischen Mißwirtschaft. Gemessen an der Leistungsentwicklung, haben die deutschen Bergarbeiter alles getan, was in ihrer Kraft stand, um den Wiederaufbau Deutschlands zu ermöglichen. Unmöglich kann man daher ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen für die kapitalistische Wirtschaftskrise verantwortlich machen. Im Gegenteil, seitdem man durch fortgesetzten Lohnabbau versucht hat, einen Krisenausweg auf Kosten der Bergarbeiter zu finden, haben sich die Verhältnisse ungemein zugespitzt. Wir erinnern nochmals an die amtlichen Erhebungen über die Lohnentwicklung im Bergbau. Danach ist, wie aus folgenden Ziffern hervorgeht, seit 1929 eine gewaltige Schrumpfung der bergmännischen Gesamtlohnsumme zu verzeichnen:

| **Gesamtlohnsumme.** | 3. Vierteljahr 1929 | 1932 |
|---|---|---|
| | (in Mill. M.) | |
| Steinkohlenbergbau: | | |
| Oberschlesien | 28,6 | 12,2 |
| Niederschlesien | 12,9 | 5,9 |
| Rheinisch-westfälischer Bezirk | 241,3 | 82,5 |
| Aachen | 14,0 | 11,0 |
| Braunkohlenbergbau: | | |
| Ostelbisches Gebiet | 12,0 | 6,4 |
| Westelbisches Gebiet | 17,1 | 6,4 |
| Linksrheinisches Gebiet | 10,5 | 6,2 |
| Erzbergbau: | | |
| Mansfeld (Kupferschiefer) | 4,9 | 3,1 |
| Siegen | 4,9 | 1,1 |

In diesen rückläufigen Ziffern widerspiegelt sich die katastrophale Verarmung der deutschen Bergarbeiter in den letzten Jahren. Infolge dieser Schrumpfung der gesamten Lohnsumme verarmten nicht nur die Bergarbeiter, auch die Geschäftsleute und Mittelständler in den Bergbaugebieten und alle diejenigen, die von der bergmännischen Kaufkraft leben, wurden in Mitleidenschaft gezogen. Anstatt daß sich die Absatzverhältnisse besserten, wie es die Befürworter des Lohnabbaues voraussagten, wurde die Not in den Bergbaurevieren immer größer.

Um so unverständlicher ist es, daß die Ruhrunternehmer erneut Lohnabkommen und Manteltarif gekündigt haben. Sie wollen neue Verschlechterungen und glauben anscheinend immer noch, der wirtschaftliche Krisenausweg könne nur durch eine weitere Schmälerung der bergmännischen Kaufkraft gefunden werden. Wie aussichtslos und verhängnisvoll dieses Vorgehen ist, haben die Lohnabbaumaßnahmen seit Anfang 1931 gezeigt. Inzwischen haben die meisten Kohleneinfuhrstaaten die Kohleneinfuhr mengenmäßig begrenzt, so daß neuer Lohnabbau handelspolitische Vorteile und eine Steigerung des Auslandsabsatzes überhaupt nicht bringen kann. Ein neuer Lohnabbau würde infolgedessen nur die inländische Kaufkraft noch mehr schwächen und müßte die Wirtschaftskrise erheblich verschärfen. Um so gespannter darf man darauf sein, welcher wirtschaftspolitische Kurs nach dem 5. März in Deutschland eingeschlagen wird. Wird man in Regierungskreisen die Verschlechterungspläne der Unternehmer gutheißen und den sozialen Verelendungskurs unterstützen? Oder wird man den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen und dem katastrophalen Kurs der bankrotten Privatwirtschaft Einhalt gebieten? Wird man endlich den Mut finden, zur Verhütung weiteren Unheils den Zechenherren zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter?"

Wir werfen diese Fragen nur auf und deuten damit den Punkt an, an dem sich jede neue Regierung entscheiden muß. Wir wissen heute noch nicht, wer nach dem 5. März in Deutschland regieren wird. Aber heute schon möchten wir eine Erklärung der nationalsozialistischen Gauleitung in Essen registrieren. In dieser Erklärung vom 11. Februar 1933, veröffentlicht in der „National-Zeitung" Nr. 41, in der man unter der Ueberschrift: „Querschüsse des Zechenverbandes" Stellung zu dem Tarifstreit im Ruhrbergbau nimmt, heißt es wörtlich folgendermaßen:

„Wir Nationalsozialisten werden jede Sabotage zu brechen wissen! Die Zeiten sind in Deutschland endgültig vorbei, in denen marxistische und profitgierige Aktionäre die deutsche Volkswirtschaft gefährdeten. Vierzehn Jahre lang haben sie sich gegenseitig die Bälle zugespielt und nur ihre ureigensten Interessen im Auge gehabt.

Durch die Kanzlerschaft Hitlers wird das schaffende deutsche Volk seine Arbeit und sein Recht wiedererhalten. Wer es wagt, dem Führer des jungen Deutschland Knüppel zwischen die Beine zu werfen, den werden wir zum nationalen Denken und somit auch zum sozialen Handeln erziehen. Die Querschüsse, die der Zechenverband jetzt abfeuert, indem er den Rahmentarif und die Lohnordnung des Ruhrbergbaues kündigt, betrachten wir als Sabotage am nationalen und sozialen Aufbau. Scheinbar wäre es diesen Herren doch lieber gewesen, die Sozialdemokratie hätte die Kommandobrücken der Wirtschaft weiter besetzt statt des Nationalsozialismus durch seinen Führer Adolf Hitler; denn es ist schon rein äußerlich ein Unterschied. Die Sozialdemokratie hatte vierzehn Jahre lang Gelegenheit, mit Hilfe der staatlichen Macht nicht nur die Kommandobrücken zu besetzen, sondern auch hundertprozentig das Steuer herumzureißen. Aber es wurden nur dem deutschen Volke Versprechungen gemacht, aber nicht gehandelt. Dagegen Adolf Hitlers Kommando heißt:

„Alle Mann an Bord, Schiff in Gefahr!"

In demselben Augenblick hat alles auf das Kommando zu parieren, oder aber er wird als Ballast schonungslos von dem Schiffe entfernt.

Mag der Zechenverband zu der Begründung der Kündigung des Rahmentarifes anführen, was er will, es wird von uns nicht anerkannt werden. Denn die Krise, in der das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft sich befinden, kann nur behoben werden unter dem Gesichtspunkt: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz".

Wir verlangen darum von den Industrieführern, daß sie Opfer bringen, zumal der deutsche schaffende Volksgenosse bereit ist, sein letztes herzugeben für den Aufstieg seines Vaterlandes. Wir warnen darum nochmals die Herren des Zechenverbandes, und sollten sie auch diese letzte Warnung in den Wind schlagen, so wird ihnen durch den Kanzler Adolf Hitler der Standpunkt beigebracht werden: „National denken heißt sozial handeln".

Nach dieser Erklärung zu urteilen dämmert auch in nationalsozialistischen Kreisen die Erkenntnis, daß auf diesem Wege, den die Unternehmer erneut einschlagen wollen, nicht weitergeschritten werden kann, wenn die Bevölkerung in den Bergbaugebieten nicht völlig verelenden soll.

Schon jetzt aber rufen wir alle deutschen Bergarbeiter zur Wachsamkeit und Entschlossenheit auf. Es geht nicht an, daß man trotz der ungeheuren Leistungssteigerung und der stark gesunkenen Lohnkosten in Unternehmerkreisen immer wieder glaubt, der Krisenausweg könne nur durch eine weitere Schmälerung des Lohnkontos gefunden werden. Zu dieser Auffassung kann man nur kommen, wenn man vom rein privatkapitalistischen Standpunkte im Lohn nur einen Unkostenfaktor, nicht aber das entscheidende Faktum für Kaufkraft und Absatzbelebung sieht. Nur engstirnige privatkapitalistische Gewinninteressen können daher zu der Forderung nach neuen lohn- und sozialpolitischen Verschlechterungen verleiten. Diesen volksschädlichen Experimenten müssen die Bergarbeiter einen entschlossenen Abwehrwillen entgegensetzen. Die Verteidigung ihrer Lebensrechte ist in diesem Falle, wie so oft, gleichbedeutend mit einer Verteidigung der wirtschaftlichen Volksinteressen überhaupt.

Darum, Kameraden, stärkt die organisierte Widerstandskraft, stärkt unsere Organisation, damit der zukünftige wirtschaftspolitische Kurs die Richtung nimmt, die er nehmen muß, wenn das deutsche Volk vor einer Wirtschaftskatastrophe mit unübersehbaren Folgen bewahrt werden soll.

# Knappschaftspflicht der Zwischenunternehmerarbeiter im Bergbau.

Als das Knappschaftswesen auf reichsgesetzlicher Grundlage neu aufgebaut war und die Beiträge zur Knappschaftsversicherung im Verhältnis zur Zeit vor dem Reichsknappschaftsgesetz wesentlich höher wurden, versuchten viele Bergbauunternehmer, die Knappschaftspflicht für einen Teil ihrer Arbeiter dadurch zu umgehen, daß sie die Ausführung von Arbeiten innerhalb ihrer Betriebe an Zwischenunternehmer vergaben. Die Knappschaftspflicht der Zwischenunternehmerarbeiter war allmählich zu einem Streitgegenstand geworden, über dessen Rechtslage sich kein Mensch mehr auskennen konnte. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 der Reichsarbeitsminister ermächtigt, zu bestimmen, inwiewett Arbeiten, die räumlich und betrieblich mit einem Bergwerksbetrieb zusammenhängen, aber von einem anderen Unternehmer ausgeführt werden, knappschaftspflichtig sind. Diese Bestimmung hat nunmehr das Reichsarbeitsministerium durch eine Verordnung vom 11. Februar 1933 getroffen. Da diese Verordnung einen großen Teil der Arbeiter in Bergwerksbetrieben berührt, lassen wir sie im nachstehenden folgen:

§ 1.

1. Knappschaftliche Arbeiten sind nachstehende Arbeiten, wenn sie räumlich und betrieblich mit einem Bergwerksbetrieb zusammenhängen, aber von einem anderen Unternehmer ausgeführt werden:

1. alle Arbeiten unter Tage mit Ausnahme von vorübergehenden Montagearbeiten;
2. Abraumarbeiten zum Aufschließen der Lagerstätte;
3. die Gewinnung oder das Verladen von Versatzmaterial innerhalb des Zechengeländes im Betrieb befindlicher Werke mit Ausnahme der Arbeiten an Baggern;
4. das Umarbeiten (Aufbereiten) von Bergehalden (Erzgruben) innerhalb des Zechengeländes im Betrieb befindlicher Werke;
5. laufende Unterhaltungsarbeiten an Grubenbahnen sowie an Grubenanschlußbahnen innerhalb des Zechengeländes;
6. das Verschieben der Wagen auf den Grubenanlagen;
7. Arbeiten in den Reparaturwerkstätten;
8. Arbeiten auf den Zechenholzplätzen, die nur dem Betriebe von Zechen dienen, soweit das Holz in das Eigentum der Zechen übergegangen ist;
9. Arbeiten in den Lampenstuben;
10. das Stapeln des Geförderten, das Verladen von gestürzten Produkten, das Aufhalden und das Abhalden von Produkten, von Bergen und von sonstigen Abfällen innerhalb des Zechengeländes;
11. Aufräumungsarbeiten, Ebnungsarbeiten, das Laden von Schutt und dergleichen, wenn diese Arbeiten regelmäßig innerhalb des Zechengeländes ausgeführt werden.

2. Knappschaftliche Arbeiten stehen für die knappschaftliche Versicherung einem knappschaftlichen Betriebe gleich.

§ 2.

Für die Erfüllung der Beitragspflichten, die sich für den Arbeitgeber knappschaftlicher Arbeiten gegenüber dem Versicherungsträger aus der Versicherung nach dem Reichsknappschaftsgesetz ergeben, **haftet der Arbeitgeber des Bergwerksbetriebes, mit dem die Arbeiten räumlich und betrieblich zusammenhängen, wie ein selbstschuldnerischer Bürge.** Der Arbeitgeber des Bergwerksbetriebes kann die Befriedigung verweigern, solange nicht der Versicherungsträger den Arbeitgeber der knappschaftlichen Arbeiten unter Fristsetzung gemahnt hat und die Frist ohne Erfolg verstrichen ist.

§ 3.

Der Antrag auf Befreiung der knappschaftlichen Arbeit von der knappschaftlichen Versicherung bedarf der Zustimmung des Arbeitgebers des Bergwerksbetriebes.

§ 4.

Für die Entscheidung von Streit über die Versicherungspflicht knappschaftlicher Arbeiten (§ 1) und über die Haftung des Arbeitgebers des Bergwerksbetriebes nach § 2 gelten § 194, § 195 Abs. 1 und 2 des Reichsknappschaftsgesetzes entsprechend; das Knappschaftsoberversicherungsamt entscheidet endgültig.

§ 5.

Die Vorschriften der §§ 1, 3, 4 treten mit Wirkung vom 1. Juli 1931 in Kraft. Die Vorschrift des § 2 tritt mit Wirkung vom 1. März 1933 in Kraft; sie gilt nicht für Beitragspflichten, die vorher entstanden sind.

# Wichtig für frühere Elsaß-Lothringer!

Folgende Bekanntmachung der Ruhrknappschaft, die für die früheren Mitglieder der Elsaß-Lothringischen Knappschaft in Metz von größter Wichtigkeit ist, möchten wir wegen ihrem Allgemeininteresse den Kameraden zur Kenntnis geben:

Die Elsaß-Lothringische Knappschaft in Metz hat uns von einem Beschluß ihres Vorstandes Kenntnis gegeben, wonach die Frist für die Zahlung der rückständigen Anerkennungsgebühren bei Versicherten, die ihre Pensionskassenanwartschaft verloren haben, **bis zum 1. April 1933 verlängert worden ist.** Es kann also durch Nachentrichtung der Anerkennungsgebühr bis zum 1. April d. J. die Anwartschaft noch erhalten werden. Die Gebühr beträgt 6 Fr. oder 1 M. jährlich und ist vom Ersten des auf die letzte Beitrags- oder Anerkennungsgebührenzahlung zu dieser Knappschaft folgenden Monats ab nachzuzahlen. Wer beispielsweise bis zum 17. Dezember 1922 auf einem zur Elsaß-Lothringischen Knappschaft gehörenden Werk gearbeitet hat, muß die Anerkennungsgebühr vom 1. Januar 1923 bis 31. März 1933 mit 10,25 M. nachentrichten. Ab 1. April 1933 muß dann die Gebühr innerhalb Jahresfrist mit 6 Fr. oder 1 M. gezahlt werden.

Zur Nachzahlung der Anerkennungsgebühren sind nur solche Versicherte berechtigt, die zuletzt vor der Abwanderung aus Elsaß-Lothringen bei der Elsaß-Lothringischen Knappschaft in Metz versichert waren. Hat die letzte Versicherung bei der Hayinger, Creutzwalder, Carlinger Knappschaft oder bei dem Röchlingschen Knappschaftsverein bestanden, so kommt die Nachentrichtung von Anerkennungsgebühren nicht in Betracht, weil diese Vereine einen entsprechenden Beschluß nicht gefaßt haben.

Des weiteren kommt die Zahlung von Anerkennungsgebühren nur dann in Frage, wenn die Anwartschaft nicht auf Grund der Völkerbundsratsentscheidung vom 21. Juni 1921 von einem jetzt zur Reichsknappschaft gehörenden Bezirksverein der Reichsknappschaft übernommen ist. Uebernommen sind alle elsaß-lothringischen Dienstzeiten auf Grund der Völkerbundsratsentscheidung dann, wenn die Anwartschaft am 1. Januar 1919 erhalten war und nach der Auswanderung aus Elsaß-Lothringen in das deutsche Reichsgebiet eine versicherungspflichtige Beschäftigung auf einem jetzt zur Reichsknappschaft gehörenden Werke bis zum 31. Dezember 1921 aufgenommen wurde.

In den meisten Fällen wird darüber Unklarheit bestehen, ob die Antwartschaft auf Grund der Völkerbundsratsentscheidung auf die Reichsknappschaft übergegangen ist oder nicht. Deshalb geben wir allen ehemaligen Mitgliedern der Elsaß-Lothringischen Knappschaft in Metz anheim, umgehend entsprechende Rückfrage bei der Ruhrknappschaft zu halten. Die Ruhrknappschaft wird eine Nachprüfung auf Grund der Akten vornehmen und Auskunft geben, gegebenenfalls auch gleichzeitig die Höhe der rückständigen Anerkennungsgebühren mitteilen. Der Einfachheit halber können dann die rückständigen Anerkennungsgebühren an die Ruhrknappschaft gezahlt werden. Letztere wird die Beiträge an die Elsaß-Lothringische Knappschaft in Metz weiterleiten. Die Zahlung der Gebühren über die Ruhrknappschaft an die Elsaß-Lothringische Knappschaft wird deshalb empfohlen, weil in das Ausland Beträge nach einem Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 22. September 1931 — Dev. 1932 — nur nach vorheriger Genehmigung durch das zuständige Landesfinanzamt, Stelle für Devisenbewirtschaftung, gesandt werden können.

# Verlängerung der Wahlzeit in der Sozialversicherung.

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat den Reichsarbeitsminister ermächtigt, die Amtsdauer der Vertreter der Versicherten in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verschieben. Von dieser Ermächtigung hat das Reichsarbeitsministerium bereits einmal Gebrauch gemacht. Es hat die Wahl damals um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Der neue Reichsarbeitsminister Seldte hat durch eine Verordnung vom 20. Februar 1933 die Wahlzeit noch um ein weiteres halbes Jahr verlängert. Von der Verlängerung werden auch die Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Knappschaft betroffen. Voraussichtlich werden demnach die Knappschaftsältestenwahlen erst im Spätherbst stattfinden. Die freien Gewerkschaften haben nicht um die Verlängerung nachgesucht. Unser Verband war bereit, auch jetzt schon die Wahlen durchzuführen.

# Verordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages, der am 6. November 1932 gewählt worden war, haben die Parteien bei der Stellung von Anträgen einander überboten. Eine große Mehrheit stimmte für die Aufhebung der sozialpolitischen Notverordnungen. Da auch die Vertreter der gegenwärtig größten Regierungspartei für die Aufhebung stimmten, hätte man annehmen können, daß eine weitgehende Aufhebung der Notverordnung erfolgen würde. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Am 18. Februar ist nur eine Verordnung herausgekommen, in der gewisse Härten der Verordnung vom 8. Dezember 1931 gemildert werden. Darin wird bestimmt, daß beim Zusammentreffen von Renten aus der Pensionsversicherung, Invalidenversicherung oder Angestelltenversicherung mit Bezügen aus Versorgungsgesetzen oder auf Grund versicherungsfreier Beschäftigung der gemäß § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ruhende Betrag weder zwei Drittel des vor der Anwendung des § 10 errechneten Rentenbetrages, noch die Summe von 50 M. überschreiten darf. Diese Grenze gilt für jede einzelne Rente.

Bisher war ein Betrag von 25 M. vom Ruhen ausgenommen. Wenn also einem Rentner nach den Versorgungsgesetzen eine Knappschaftsrente oder Invalidenrente in Höhe von 30 M. zustand, erhielt er von diesen Renten den Betrag von 25 M., während der Rest von 5 M. nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ruhte. Ein solcher Rentenempfänger wird nach der neuen Verordnung auch nicht mehr bekommen, denn seine Rente beträgt vor der Anwendung der Kürzung nach § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 nur 30 M. Der ruhende Betrag nach der Verordnung vom 8. Dez. 1931 in Höhe von 5 M. überschreitet weder zwei Drittel der ungekürzten Rente, noch die Summe von 50 M. Erst bei einer Knappschaftsrente und einer Versorgungsrente über 75 M. würde der ruhende Betrag nach der Verordnung vom 8. Dezember 1931 mehr als zwei Drittel der ungekürzten Rente ausmachen und den Betrag von 50 M. übersteigen, so daß die übersteigenden Beträge nach der Notverordnung vom 18. Februar 1933 nicht mehr ruhen dürften und zur Auszahlung gelangen müßten. Wenn man bedenkt, daß die knappschaftliche Invalidenpension im Reichsdurchschnitt 40,92 und die durchschnittliche Reichsinvalidenrente 30,08 M. ausmacht, ersieht man, daß die Härtenmilderung die Arbeiter nur in einigen Ausnahmefällen trifft. Nur die Bestimmung, daß Waisenrenten aus der Reichs-

# König Kohle

**Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.**

17. Copyright by Malik-Verlag.

Der Berghauptmann verließ das Zimmer. Einige Minuten später erschien abermals der Kerkermeister und brachte ein Mahl, das im schroffen Gegensatz zu jenen stand, die er Hal bisher serviert hatte. Auf der Platte lagen kalter Schinken, zwei weiche Eier, Brot und Butter. Auch eine Tasse dampfenden Kaffees stand darauf.

„Nun, nun", meinte Hal herablassend, „das ist ja noch besser als Beefsteak und Kartoffelbrei." Er sah gelassen zu, wie der andere den Tisch abräumte, um für die Platte Platz zu machen. Nachdem er gegangen war, ließ sich Hal am Tisch nieder und begann zu essen.

Noch ehe er fertig war, kehrte der Berghauptmann zurück und setzte sich gedankenvoll, stumm auf seinen Drehstuhl. Hal blickte, zwischen zwei Bissen, kauend nach ihm hinüber und lächelte.

„Cotton", sagte er, „Sie werden wohl wissen, daß die gute Erziehung sich vor allem beim Essen zeigt. Bitte zu beachten, daß ich mir nicht die Serviette umgebunden habe, wie es Alec Stone getan hätte."

„Lassen Sie nur, ich verstehe schon."

Hal legte Messer und Gabel nieder. „Ihr Diener hat die Fingergläser vergessen", bemerkte er. „Aber das macht nichts. Sie können jetzt läuten und die Platte fortnehmen lassen."

Der Berghauptmann benützte seine Stimme als Klingel, und der Kerkermeister erschien. „Leider", sagte Hal, „haben Ihre Leute, als sie mich neulich durchsuchten, meine Börse verloren, so daß ich dem Kellner kein Trinkgeld zu geben vermag."

Der „Kellner" stierte Hal an, als ob er ihn beißen wollte, der Berghauptmann jedoch grinste: „Gehen Sie, Gus, und schließen Sie die Tür."

Hal machte es sich wiederum bequem. „Ich muß zugeben, daß ich lieber Ihr Gast, als Ihr Gefangener bin."

Eine Pause trat ein.

„Ich habe mit Herrn Cartwright gesprochen", sagte schließlich der Berghauptmann. „Es ist mir unmöglich zu beurteilen, was von Ihren Worten purer Schwindel ist; jedenfalls aber sind Sie kein Bergmann. Vielleicht sind Sie eine neue Art von Agitator, doch will ich verdammt sein, wenn ich jemals einen Agitator gesehen habe, der Manieren hatte. Ich denke, Sie müssen in wohlhabender Umgebung aufgewachsen sein. Weshalb Sie sich auf solche Dinge einlassen, ist mir unfaßbar."

„Sagen Sie, Cotton: Haben Sie nie von Langeweile gehört?"

„Ja", erwiderte dieser, „doch sind Sie für dieses Leiden reichlich jung."

„Vielleicht habe ich andere daran leiden gesehen und wollte eine neue Lebensführung versuchen."

„Wenn Sie tatsächlich das sind, was Sie zu sein vorgeben, müßten Sie doch die Universität besuchen."

„Ich gehe im Herbst für mein letztes Semester zurück."

„An welche Universität?"

„Ich sehe, daß Sie meine Worte immer noch bezweifeln", lächelte Hal. Dann begann er urplötzlich, von dem übermütigen Geist getrieben, der einzig und allein mondhellen Universitätsgärten und der Gunst des Schicksals entspringen kann, laut zu singen:

„Der alte König Kohle ist ein fröhlicher Kauz,
Ein fröhlicher Kauz ist er sicherlich.
Er hat eine Schule voll Wissen gegründet,
Hurra für dich und für mich!"

„Welche Schule meinen Sie?" fragte der Berghauptmann.

Und Hal sang weiter:

„O Liza-Ann, komm mit mir schnell,
Im Affenbaum scheint der Mond so hell,
O Liza-Ann, ich fange an
Zu singen das Lied von Harrigan!"

„Nun, nun", meinte der Berghauptmann, als das Konzert zu Ende war, „gibt es viele Ihrer Art in Harrigan?"

„Eine kleine Gruppe, groß genug, den Teig zu durchsäuern."

„Und Sie fassen all dies als Ferien auf?"

„Nicht als Ferien; es ist ein Sommerkursus in praktischer Soziologie."

„Oh — ich verstehe", und der Berghauptmann mußte wider seinen Willen lächeln.

„Das ganze vergangene Jahr haben uns die Professoren der Nationalökonomie mit ihren Theorien überschüttet, aber die Theorien entsprachen irgendwie nicht den Tatsachen. Ich sagte mir: „Das muß ich selbst kontrollieren." Sie kennen ja die Schlagworte — Individualismus, laissez faire, Freiheit des Kontraktes, das Recht eines jeden, sich selbst den Arbeitgeber zu wählen. Nun, und hier kann man das Resultat beobachten: einen Bergmann mit grausamem Lächeln und einem Gewehr, der die Gesetze noch rascher bricht, als ein Gouverneur sie unterzeichnen kann."

Der Berghauptmann fand plötzlich, daß er genug habe. Er erhob sich, um der Sache ein Ende zu machen. „Wenn es Ihnen recht ist, junger Mann, werden wir jetzt an das Geschäftliche gehen."

✿ ✿

Der Berghauptmann durchmaß das Zimmer mit großen Schritten und pflanzte sich dann vor Hal auf. Die Hände in den Hosentaschen stand er da, mit einer gewissen dreisten Grazie, die nicht zu seinem Beruf paßte. Ein gut aussehender Teufel ist er schon — dachte Hal —, trotz dem drohenden Mund und den Spuren eines liederlichen Lebens auf dem Gesicht.

„Junger Mann", hub er an, sich zu einem gutmütigen Ton zwingend, „ich weiß nicht, wer Sie sind, weiß nur, daß Sie recht aufgeweckt erscheinen. Sie haben gute Nerven, ich bewundere Sie. Daher bin ich bereit, zu handeln, als sei nichts gewesen, und Ihnen die Möglichkeit zu geben, Ihr Semester zu beenden."

Hal hatte das vorsichtig-listige Lächeln des anderen studiert. „Cotton", sagte er, „sprechen Sie sich klar aus. Ich brauche also nicht zu erklären, daß ich Geld genommen habe?"

„Nein, das werden wir Ihnen erlassen."

„Und ich komme nicht ins Gefängnis?"

„Nein! Das war natürlich nie ernst gemeint. Ich wollte Ihnen bloß einen Schrecken einjagen. Ich verlange nur, daß Sie verschwinden und unseren Arbeitern die Möglichkeit geben, das Ganze zu vergessen."

„Ja — aber was soll das mir, Cotton? Hätte ich mich drücken wollen, so wäre mir das doch in den letzten acht oder zehn Wochen möglich gewesen."

„Selbstverständlich. Heute hängt es aber von meinem guten Willen ab."

„Lassen Sie den „guten Willen" beiseite. Sie wollen mich ohne Mühe loswerden — das wird Ihnen aber nicht gelingen. Geben Sie es auf."

Der Berghauptmann starrte ihn verblüfft an. „Soll das bedeuten, daß Sie hierbleiben wollen?"

„Das meine ich."

„Jetzt habe ich aber genug, junger Mann! Ich habe keine weitere Zeit zum Spielen. Ich bin hier Berghauptmann und muß Ordnung schaffen. Ich sage: Sie werden fortgehen!"

„Aber, Cotton", warf Hal ein, „das Nordtal ist doch eine Stadt. Ich habe ebensoviel Recht, hier zu sein, wie Sie!"

„Ich will keine Zeit mit Disputieren verlieren; werde Sie in ein Automobil setzen und nach Pedro befördern lassen."

„Und wenn ich zum Distriktsstaatsanwalt gehe und Klage gegen Sie erhebe?"

„So wird er Sie auslachen."

„Und wenn ich zum Gouverneur des Staates gehe?"

„Der wird noch lauter lachen."

„Gut, Cotton, vielleicht wissen Sie, was Sie tun. Aber — aber — ich wüßte doch gerne, wie Ihnen eigentlich zumute ist. Fiel Ihnen niemals ein, daß Ihr Vorgehen Ihre Vorgesetzten unliebsam berühren könnte?"

„Meine Vorgesetzten? Wen meinen Sie?"

„Einen Mann im Staate müssen Sie achten — auch wenn Sie den Distriktsstaatsanwalt und den Gouverneur geringschätzen. Und dieser Mann ist Peter Harrigan."

„Peter Harrigan?" wiederholte der andere. Dann brach er in lautes Lachen aus. „Sie sind wirklich ein drolliger Junge."

Hal betrachtete ihn unablässig. „Sind Sie Ihrer Sache sicher? Wird er jede Ihrer Handlungen gutheißen?"

„Er wird es."

„Die Art, wie Sie Ihre Arbeiter behandeln? Weiß er, daß Sie beim Wiegen betrügen?"

„Teufel noch eins! Was glauben Sie denn, wo das Geld für Ihre Universität herkommt?"

Beide verstummten. Nach einer Weile fragte der Berghauptmann in herausforderndem Tone: „Wissen Sie jetzt, was Sie wissen wollten?"

„Ja", sagte Hal. „Ich hatte es ja immer geahnt, nur fällt es schwer, die anderen davon zu überzeugen, denn der alte Peter

versorgung vom 1. April 1933 ab bis zum 16. Lebensjahre anstatt wie bisher zum 15. Lebensjahre gezahlt werden, ist eine Vergünstigung, die auch die Arbeiterwaisen trifft. Die Leistungen nach dieser Verordnung werden erst vom 1. April 1933 ab gezahlt.

## Krankenkassenverordnung.

Die Krankenversicherung war einem Teil der Unternehmerpresse ein besonderer Dorn im Auge. Seit Jahren hat sie auf ihr herumgehackt. Namentlich die Verwaltungskosten haben es der Unternehmerpresse angetan. Dabei übersieht man anscheinend vollständig, daß die Verwaltungskosten der Unfallversicherung, auf welche die Versichertenvertreter überhaupt keinen Einfluß haben, stets bedeutend höher waren als die Verwaltungskosten der Krankenversicherung. So betrugen zum Beispiel im Jahre 1930 die Verwaltungskosten der Unfallversicherung 10,37, die der gesamten Krankenversicherung 6,6 Prozent der Gesamtausgaben.

In der durch den Rundfunk angekündigten Krankenkassenverordnung soll das Aufsichtsrecht über die Krankenversicherung verschärft werden. Dieses Aufsichtsrecht, das bisher nach § 30 der Reichsversicherungsordnung sich nur darauf erstreckte, daß Gesetz und Satzung so beachtet wurden, wie es der Zweck der Versicherung erfordert, soll jetzt auch auf die Fragen der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit erweitert werden. Die Selbstverwaltung wird dadurch eine gewisse Einschränkung erleiden. In materieller Hinsicht bringt die Verordnung eine Ermäßigung der Krankenscheingebühr von 50 auf 25 Pfennig. Sobald die Verordnung im Wortlaut vorliegt, werden wir auf sie näher eingehen.

## Bundesausschußsitzung des ADGB.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erörterte in einer schon in der vergangenen Woche anberaumten Sitzung die politische Entwicklung der letzten Wochen und die politische Lage.

Die Aussprache ergab volle Uebereinstimmung über die vom Bundesvorstand in der letzten Zeit befolgte Politik. Die jüngsten Ereignisse, der Brand im Reichstag und seine politischen Folgen, wurden in ihrer weittragenden Bedeutung gewürdigt. Die Vertreter der Gewerkschaften sprachen ihren Abscheu und ihre Entrüstung über die Brandstifter aus. Die Gewerkschaften nehmen die deutsche organisierte Arbeiterschaft entschieden in Schutz gegen den Verdacht, daß einer aus ihren Reihen zu den Anstiftern des Attentats gehöre. Sie erblicken in der Brandstiftung nicht nur einen Anschlag gegen den Sitz des Parlaments, sondern einen Angriff gegen den Parlamentarismus überhaupt. Die deutschen Gewerkschaften und ihre Mitglieder gehören zu den treuesten Hütern der Demokratie und der parlamentarischen Ordnung. Sie verwerfen Terrorakte jeglicher Art auf das entschiedenste, und sie sind auch in dieser Auffassung der Gefolgschaft der Arbeiter und Arbeiterinnen gewiß. Die Verbandsvertreter sind sich bewußt, daß die gegenwärtige politische Situation an die Schulung und erprobte Disziplin der Arbeiterschaft unerhörte Anforderungen stellt. Die deutschen Arbeiter werden aber ebenso, wie es die Pflicht der Verbandsleitungen ist, auch unter den heutigen schweren Verhältnissen kühles Blut bewahren und sich nicht von ihrem rechtmäßigen Kampf gegen alle Gefahren für die verfassungsmäßigen Freiheiten abdrängen lassen.

## An unsere Leser!

Da die letzte Nummer unserer Zeitung weise polizeilich beschlagnahmt erst auf unsere Beschwerde hin wieder gegeben wurde, konnte der beschlagnah Teil nur verspätet geliefert werd

| | | |
|---|---|---|
| 1. Oeffentlich-rechtliche Institute | | rund 41,0 |
| staatliche Stellen | 1,59 % | |
| provinzielle Stellen | — | |
| sonstige Kommunalverbände | 26,14 % | |
| kommunale Wirtschaftsbetriebe | 9,86 % | |
| Sozialversicherungsinstitute | 3,43 % | |
| 2. Betriebe und Organisationen der Arbeitnehmerschaft | | rund 52,4 |
| Bauherrenorganisationen | 20,82 % | |
| Bauproduktivbetriebe | 1,03 % | |
| sonstige der Güterproduktion oder -verteilg. dienende Organisationen | 30,60 % | |
| 3. Sonstige Kreditnehmer | | rund 7,3 |
| | | 100,0 |

Das fast völlige Darniederliegen des Wohnungsbaues zur Folge gehabt, daß in dem Berichtsjahr nur noch ledig rund 1000 Wohnungen durch Zwischenkreditgewährung fin ziert wurden, während die entsprechende Zahl für das Jahr 19 2910 betrug.

Die Indossamentsverpflichtungen der Bank sind gegenü 3 494 780,98 M. zum Ende 1931 auf 2 801 166,56 M. zum 31. 2 zember 1932 zurückgegangen. Auch in dem abgelaufenen Je hat die Bank von dem eigenen Akzept keinen Gebrauch gema

Der Posten „Handlungsunkosten" mit 2 476 717,57 M. e hält 48 Prozent persönliche und 52 Prozent sächliche Unkost Die relative Erhöhung der sächlichen Unkosten erklärt sich a den mit der Uebersiedlung in das neue Bankgebäude verbunden einmaligen und laufenden Unkosten.

Die Gesamtvergütungen an den Vorstand im Jahre 19 betrugen 72 000 M. Der Aufsichtsrat ist, wie bisher, rein ehr amtlich tätig; er erhält keine Tantieme, sondern nur Ersatz Auslagen in Form der Erstattung der Reisekosten und ein Sitzungsgeldes. Der Vorsitzende erhält eine geringfügige A wandsentschädigung. Die Gesamtunkosten des Aufsichtsrats laufen sich im Jahre 1932 auf 6367,92 M.

Von dem Gesamtgewinn des Geschäftsjahres ist in üblic Weise auch diesmal ein erheblicher Teil zur Stärkung der inner Rücklagen verwandt worden, so daß in der Bilanz einschließl des Vortrages von 583 033,63 M. ein Reingewinn v 1 000 047,62 M. erscheint.

Der Gesamtumsatz des Instituts im Jahre 1932 betrü 3,149 Milliarden gegenüber 3,068 Milliarden Mark im Vorjah

Die Außenorganisation hat im Jahre 1932 insofern ei Aenderung erfahren, als — wie bereits im Geschäftsbericht 19 verzeichnet — in Leipzig eine selbständige Zahlstelle eröffn worden ist. Die Entwicklung bei den Filialen und Zahlstell ist durchaus zufriedenstellend.

Die Gesamtzahl der Angestellten beläuft sich auf 249 geg 231 per 31. Dezember 1931.

Der Vorstand beabsichtigt, der Generalversammlung vo zuschlagen, den Gewinn wie folgt zu verteilen: 600 000 M. z Ausschüttung einer fünfprozentigen Dividende auf das Aktie kapital von 12 000 000 M., 200 000 M. den Spezialreserven z zuweisen und 200 047,62 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr zeigt eine weit aufsteigende Tendenz.

# Die Arbeiterbank im verflossenen Jahre.

Obwohl das Jahr 1932, insbesondere in seiner ersten Hälfte, noch stark unter der Einwirkung der krisenhaften Zuspitzung gestanden hat, ist die Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. in durchaus günstigem Sinne verlaufen.

Der Einlagenbestand hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich verändert. Während für den 31. Dezember 1931 rund 135 100 000 M. ausgewiesen sind, sind wir in diesem Jahr in der Lage, 135 500 000 M. aufzuzeigen. Im Laufe des Jahres war die Entwicklung so, daß bis etwa um die Jahresmitte ein weiteres Absinken der Einlagen, und zwar sowohl Depositen als Spargelder, zu verzeichnen war, während in der zweiten Hälfte des Jahres ein langsames Wiederzufließen einsetzte, so daß die oben erwähnte Endsumme beim Jahresabschluß erreicht wurde.

Eine durchaus günstige Entwicklung hat die Liquidität des Instituts genommen. Kasse, Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken halten sich ungefähr auf der gleichen Höhe, ebenso weist das Wechselportefeuille, in dem mit Ausnahme des Postens „Solawechsel der Kunden an die Order der Bank" nur solche Papiere enthalten sind, die unmittelbar bei der Reichsbank rediskontierbar sind, nur eine geringfügige Aenderung gegenüber dem Vorjahre auf.

Eine starke Zunahme zeigt der Posten „Nostroguthaben bei Banken". Wir haben eine Vermehrung von rund 15 500 000 M. zu verzeichnen. Die Bankguthaben verteilen sich auf insgesamt 201 Banken. Von der Gesamtsumme der Bankguthaben entfallen etwa 86 Prozent auf Banken des Reiches, der Länder (einschließlich Abrechnungsbanken) sowie sonstige öffentlich-rechtliche und gemischt-wirtschaftliche Banken und etwa 14 Prozent auf Großbanken und erste Privatbanken.

Die eigenen Wertpapiere bestehen auch diesmal wieder im wesentlichen aus festverzinslichen und mündelsicheren Papieren. Ihre Bewertung ist durchaus vorsichtig erfolgt, und zwar dergestalt, daß gegenüber den aus den gesetzlichen Bewertungsvorschriften sich ergebenden Werten nicht unerhebliche Abschreibungen gemacht worden sind.

Die Beteiligung an der Hannoverschen Bodenkreditbank (Hildesheim) ist nach wie vor als günstig zu bezeichnen. Das Institut hat auch im verflossenen Geschäftsjahr gut operiert und dürfte eine angemessene Verzinsung erbringen.

Die Debitoren in laufender Rechnung haben trotz eines immerhin beachtlichen, im wesentlichen der Arbeitsbeschaffung dienenden Neugeschäftes eine kräftige Verminderung erfahren. Sie gruppieren sich für den Stichtag 31. Dezember 1932 wie folgt:


## Wo gehört das Geld hin?

**Kassenbestände von Vereinen, Klubs, Verbänden dürfen nicht im Hause liegen.**

**Alles Geld gehört auf die Arbeiterbank!**

**Dort ist es sicher und bringt Zinsen. Kein Spargroschen darf sonstwohin gebracht werden.**

**Die Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten**

**ist allein das Sammelbecken für die Gelder des schaffenden Volkes.**


gleicht nicht den gewöhnlichen westlichen Wölfen; er ist ein frommer Christ."

Der Berghauptmann lächelte grimmig: „Solange es Schafe gibt, wird es auch Wölfe in Schafskleidung geben."

„Ich verstehe — und Sie schauen ruhig zu, wie die Lämmer aufgefressen werden?"

„Wenn ein Lamm so dumm ist, daß es sich durch das abgetragene Schafsfell irreführen läßt, verdient es aufgefressen zu werden."

Hal studierte das zynische Gesicht. „Cotton", sagte er bedeutsam, „die Hirten schlafen, aber die Schäferhunde bellen durch die Nacht, hörten Sie sie noch nicht?"

„Ich habe es nicht gemerkt."

„Und doch bellen sie, bellen, bellen! Sie werden die Hirten aufwecken! Die werden dann die Schafe retten!"

„Religion interessiert mich nicht", erklärte der Berghauptmann mit gelangweiltem Gesicht. „Weder die Ihre, noch die des alten Peter."

Hal schnellte empor. „Cotton, mein Platz ist bei der Herde! Ich gehe auf meinen Posten zum Kippraum zurück." Damit wandte er sich der Tür zu.

* *

Jeff Cotton sprang vor, schrie: „Halt!"

Hal jedoch schritt weiter.

„Passen Sie auf, junger Mann", brüllte der Berghauptmann. „Treiben Sie diesen Spaß nicht zu weit!" Er erreichte die Tür vor dem Gefangenen; seine Hand glitt zur Hüfte herab.

„Ziehen Sie den Revolver heraus, Cotton", sagte Hal, und da der Berghauptmann gehorchte: „So, nun bleibe ich stehen. Wenn ich Ihnen künftig gehorche, wird es nur vor dem gespannten Revolver sein."

Ein drohender Zug lag um den Mund des Berghauptmanns. „Sie dürfen noch erfahren, daß es in diesem Lande vom Spannen der Waffe bis zum Abfeuern nicht gar so weit ist."

„Ich habe Ihnen meinen Standpunkt erklärt, was befehlen Sie?"

„Kommen Sie zurück und setzen Sie sich."

Hal setzte sich, und der Berghauptmann trat ans Telephon. „Nummer sieben", sagte er und wartete einen Augenblick. „Sind Sie es, Tom? Sofort das Auto!"

Er hängte den Hörer zurück. Tiefes Schweigen. Schließlich fragte Hal: „Werde ich nach Pedro gebracht?"

Keine Antwort.

„Ich merke, daß ich Sie nervös mache", meinte Hal. „Ist es Ihnen übrigens klar, daß Sie mir neulich nachts das ganze Geld fortgenommen haben? Außerdem muß ich mit der Gesellschaft abrechnen, habe noch Lohn zu erhalten."

Der Berghauptmann rief eine andere Nummer ins Telephon. „Hallo, Simpson! Hier Cotton! Machen Sie die Lohnaufstellung für Joe Smith, Gehilfe in Nummer 2, und schicken Sie das Geld her; auch seine Rechnung im Warenhaus. Rasch, wir warten darauf, er hat es eilig, fortzukommen."

Wieder hing er den Hörer zurück.

„Sagen Sie", fragte Hal, „haben Sie sich Mike Sikorias wegen auch soviel Mühe gegeben?"

Einen Augenblick herrschte Schweigen.

„Ich möchte Ihnen vorschlagen, mir einen Teil meines Lohnes in Gutscheinen auszuzahlen. Ich möchte diese gerne als Andenken mitnehmen."

Noch immer gab der andere keine Antwort.

„Sie wissen doch", fuhr der Gefangene fort, „daß Gutscheine gesetzlich verboten sind?"

Die Wut trieb den Berghauptmann zum Sprechen: „Wir zahlen nicht in Gutscheinen."

„Sie tun es, Mensch, das wissen Sie doch!"

„Nur wenn der Lohn im voraus verlangt wird."

„Das Gesetz schreibt vor, daß der Lohn zweimal im Monat ausgezahlt werde, und das tun Sie nicht. Sie zahlen einmal monatlich. Braucht einer in der Zwischenzeit etwas, so erhält er dieses gefälschte Geld."

„Was haben Sie uns vorzuwerfen, wenn die Leute damit zufrieden sind?"

„Sind sie damit nicht zufrieden, so werden sie in Züge verladen und verschleppt."

Schweigend saß der Berghauptmann da.

„Cotton", begann Hal von neuem, „ich möchte mich gerne bilden, und Sie könnten mir etwas erklären — ein psychologisches Problem. Was sagt ein Mann sich in der Tiefe seiner Seele, wenn er so handelt wie Sie?"

„Junger Mann", entgegnete der Berghauptmann, „verzeihen Sie, aber Sie fangen an, langweilig zu werden."

„Oh! Aber es steht uns noch eine Automobilfahrt bevor! Wir können doch nicht den ganzen Weg über schweigen." Dann in einschmeichelndem Ton: „Ich möchte es wirklich gerne wissen. Vielleicht können Sie mich bekehren."

„Nein", erwiderte Cotton, „auf so etwas lasse ich mich gar nicht ein."

„Weshalb denn?"

„Weil ich Ihrem Redefluß ja doch nicht gewachsen bin. Ich habe euch Agitatoren schon früher schwätzen gehört. Ihr seid alle gleich, meint, die Welt würde durch Sprechen regiert — das stimmt aber nicht."

Allmählich ward es Hal klar, daß sein Kampf mit dem Berghauptmann zu nichts führe. Er hatte sich alle erdenkliche Mühe gegeben, hatte disputiert, gedroht, geblufft, sogar Lieder gesungen. Und nun wird ihn der Berghauptmann hinauswerfen, das ist das ganze Ergebnis.

Hal hatte den Streit aufrechterhalten, weil er auf das Automobil warten mußte. Außerdem hatte er eine Demütigung erduldet und wollte seinem Aerger und seiner Enttäuschung Luft machen. Jetzt aber verstummte er jählings. Die Worte des Berghauptmanns: „Sie meinen, die Welt würde durch Sprechen regiert", hatten seine Aufmerksamkeit erregt. Genau diese Worte pflegte Hals Bruder einzuwenden. Auch hatte der Berghauptmann gesagt: „Ihr Agitatoren!" Seit Jahren war es ein Hohnwort von Hals Bruder gewesen: „Du wirst bestimmt noch als Agitator enden!" und Hal pflegte mit knabenhaftem Trotz zu erwidern: „Warum denn nicht?" Und heute nannte ihn der Berghauptmann in vollem Ernst einen Agitator, ohne sich zu entschuldigen, ohne durch Blutsbande das Vorrecht für Grobheit zu haben. Ja, er wiederholte es sogar: „Ihr Agitatoren schleicht euch ein, versucht die Leute aufzuhetzen..."

So also erschien Hal den Augen der Allgemeinen Beheizungsgesellschaft! Er war als Zuschauer hergekommen, wollte, a dem Verdeck des Dampfers stehend, den Ozean sozialen Elend betrachten. Jeden seiner Schritte hatte er vorerst sorgfältig übe legt, hatte nur Waagekontrolleur werden wollen, weiter nicht Tom Olson hatte er erklärt, daß er sich nicht für die Organisatio einer Gewerkschaft bemühen werde. Sein Mißtrauen gegen Ge werkschaftsorganisatoren und jegliche Art von Agitatoren wa stets groß gewesen — sie waren ihm als verblendete, unveran wortliche Subjekte erschienen, die, gefährliche Leidenschaften en fachend, umherwanderten. Später hatte er freilich Tom Olso bewundert — doch hatte dies seine Vorurteile nur bis zu einer gewissen Grad beseitigt. Olson war bloß einer der Agitatoren das bewies ja noch nichts.

Und nun wurden alle Rücksichten, die er auf die Gesellschaf genommen hatte, außer acht gelassen, desgleichen die Versuche den Berghauptmann davon zu überzeugen, daß er einer besseren Klasse angehöre. Trotz Hals „guten Manieren" hatte der Berghauptmann gesagt: „Ihr Agitatoren!" Weshalb diese Worte Glich er, Hal Warner, tatsächlich jenen verblendeten, unverant wortlichen Subjekten? Es war an der Zeit, sich selbst genau zu betrachten.

Hatten ihn wirklich zwei Monate „schmutziger Arbeit" unter Tage derart verändert? Dieser Gedanke mußte einen „Liebling der Damen" peinlich berühren. Sprach er bereits wie die anderen, er, der den Blarney-Stein geküßt hat? Der Berghauptmann erwähnte seinen Redefluß. Es traf ja zu, er hatte viel gesprochen. Aber was konnte der Mann anderes erwarten, nachdem er ihn zwei Nächte und einen Tag gefangenhielt und ihm derart reichlich Zeit gab, über das ihm zugefügte Unrecht zu grübeln? War dies etwa der Schmelzofen, in dem die wirklichen Agitatoren geformt wurden — die Einsamkeit, eingesperrt, mit dem erlittenen Unrecht als alleinigen Gefährten?

Hal erinnerte sich der Gedanken, die ihn im Gefängnis bestürmten. Er war verbittert, hatte gar nichts mehr gegen die Existenz einer Gewerkschaft im Nordtal einzuwenden. Doch war dies eine bloße Stimmung gewesen, ähnlich der, die ihm die Antwort an den Bruder eingab; Gefängnispsychologie, ein Teil seines Sommerkurses in praktischer Soziologie. Er vermeinte es abgestreift zu haben, doch hatte es auf ihn anscheinend einen tieferen Eindruck gemacht, als er selbst wußte, hatte sogar sein Aeußeres verändert. Er sah wie ein Agitator aus, sprach wie einer! War „unverantwortlich", „verblendet" geworden!

Ja, das war es! Dieser ganze Schmutz, die Unwissenheit, Krankheit, die Gaunerei und Bedrückung, dieses Verstümmeln der Menschenleiber und Menschenseelen in den Kohlenrevieren Amerikas — all dies existierte gar nicht. War nur die Halluzination eines „unverantwortlichen" Gehirns. Hals Bruder und der Berghauptmann bezeugten es, die ganze Welt bezeugte es! Der Berghauptmann, der Bruder, die ganze Welt konnten doch nicht blind sein. Sprach man ihnen von diesen Verhältnissen, so zuckten sie die Achsel, nannten einen „Träumer" oder „Narr", behaupteten, man habe den Verstand verloren, oder sie wurden bitter und zornig, schrien einem „Ihr Agitatoren!" ins Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

# Jahreskonferenzen unseres Verbandes.

## Bezirk Halle.

Der Bezirksleiter Reddigau eröffnete die Konferenz und hieß die erschienenen Funktionäre und Gäste herzlich willkommen. In seinem Geschäftsbericht wies er darauf hin, daß die Jahreskonferenz in einem Augenblick größter politischer Hochspannung tage. Die Reaktion in Deutschland, die gegen jede Mitwirkung der Arbeiterschaft ist, hat sich durch einen kühnen Sprung in den Sattel geschwungen. Daraus ergeben sich für die Arbeiterschaft nebst den freien Gewerkschaften wichtige Entscheidungen, mit denen in den nächsten Wochen zu rechnen ist.

Tarifbewegungen hatten wir in großer Zahl nicht zu führen. Im Braunkohlenbergbau wurde eine Neuregelung der Lehrlingslöhne durchgeführt. Die Arbeitszeitstreitigkeiten, die sich aus den Notverordnungen der Papen-Regierung ergaben, sind bis heute noch nicht endgültig beigelegt. Die Mansfeld-AG. hatte den Manteltarif zwecks Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen gekündigt. Durch Schiedsspruch wurde die Vergütung der Lohnentschädigung um 20 Prozent herabgesetzt. Die Dauer des Urlaubs wurde nicht verändert. Unsere Tätigkeit erstreckte sich in der Hauptsache auf die Betreuung der arbeitslosen Mitglieder und der Wahrnehmung der Rechte der noch im Betrieb befindlichen Arbeiter. In der Arbeitslosen- und Sozialversicherung wie auch vor den Arbeitsämtern wurden zahlreiche Rechtsstreitigkeiten durchgeführt. Die Gesamtsumme, die für die Mitglieder aus diesen Rechtsstreitigkeiten erstritten wurde, belief sich auf 145 510,34 M. Bei den Stillegungen von Kaliwerken gelang es uns ebenfalls, die Entschädigung aus dem Kaliwirtschaftsgesetz für die Belegschaftsmitglieder herauszuholen. Insgesamt wurden 450 000 M. an die Belegschaft verteilt. Entsprechend des Rückgangs der Belegschaften trat auch ein geringer Rückgang der Organisationsmitgliederzahl ein. Trotzdem kann man behaupten, daß unsere Organisation innerhalb des Bezirks völlig intakt ist. Die finanziellen Verhältnisse sind gesund. Wir können deshalb der kommenden Entwicklung, gestützt auf unsere Organisationsmacht, ruhig ins Auge sehen.

Dr. Berger (Bochum) sprach über unsere zukünftigen Aufgaben. Er führte aus, daß die Gewerkschaften in nächster Zeit vor schwerwiegende Entscheidungen gestellt werden. Wiederholt ist in letzter Zeit über das Verhältnis der Gewerkschaften zu der gegenwärtigen Regierung diskutiert worden. Der Führer der freien Gewerkschaften hat in der letzten Bundesausschußsitzung in aller Eindeutigkeit zum Ausdruck gebracht, daß sich die freien Gewerkschaften zu einer jeden Regierung, welche die Rechte der Arbeiter angreift, in schärfste Opposition stellen. Die neue Regierung hat bisher nichts als Worte für die Arbeiterschaft übrig gehabt. Das einzig Positive ihres Programms ist die Vertröstung des deutschen Volkes auf eine Besserung in vier Jahren. An praktischen Taten hat die Regierung bisher nur die Erhöhung der Zölle für wichtige Nahrungsmittel des Massenbedarfs vollbracht. Es wird immer deutlicher, daß die reaktionären Kräfte, die der Arbeiterschaft jede Mitwirkung und alles Mitbestimmungsrecht bestreiten, heute ausschlaggebend im Reichskabinett sind.

Die Probleme, vor die unser Land in wirtschaftlicher Hinsicht gestellt war, sind durch den Regierungsantritt Hitlers nicht etwa geringfügiger, sondern noch viel schwieriger geworden. Diese Probleme sind nicht durch große Worte zu lösen. In Reich, Ländern und Kommunen ist ein riesiges Defizit vorhanden; es wird die wichtigste Aufgabe sein müssen, dieses Loch zu stopfen. Die Verhandlungen zu Bindungen der Milliardenbeträge von kurzfristigen Krediten gestalten sich ebenfalls sehr schwierig. Das, was wir heute in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht erleben, ist der Versuch des Kapitalismus, durch eine wirtschaftliche und soziale Reaktion seine Herrschaft zu retten. Die Methoden, die heute angewandt werden, können nie zu einem Wohlstand des Volkes führen. Die Vernichtung der Massenkaufkraft, die Unterdrückung der arbeitenden Massen des Volkes sind die ungeeignetsten Mittel, um einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Sie müssen vielmehr dazu führen, daß es zu ungeheuren wirtschaftlichen Explosionen kommt, die eine weitere Schädigung des gesamten Landes nach sich ziehen. In dieser Zeit der politischen Hochspannung ist es geradezu eine Tragödie, daß die breiten Massen der Arbeiterschaft zerrissen und gespalten sind. Diese Tatsache braucht nicht unabänderlich zu sein. Es gibt eine Einheit, es gibt eine Zusammenfassung aller arbeitenden Schichten des Volkes und diese Einheit ist zu schaffen in den freien Gewerkschaften. Bei der kommenden Betriebsratswahl gilt es, diese Einheitsfront der freien Gewerkschaften auf breitester Grundlage zu schaffen.

Der Referent behandelte weiter das Arbeitszeitproblem für den Bergbau, wie es sich aus den letzten internationalen Verhandlungen ergeben hat. Die Vorbereitungen der Weltwirtschaftskonferenz und die dort zu behandelnden Probleme lassen erkennen, daß auch Deutschland nur im Rahmen der bisherigen Außenpolitik den Versuch einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse erreichen kann.

## Geschäftsstelle Halle-Oberröblingen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Konferenz, die am 26. Februar tagte, gedachte Kamerad Andreas der verstorbenen und verunglückten Kameraden. Zum Geschäftsbericht führte er u. a. folgendes aus:

Das vergangene Jahr stand im Zeichen politischer Hochspannung und weiter anhaltender wirtschaftlicher Depression. Die gesetzlichen Eingriffe in die tariflich geregelten Löhne senkten die Massenkaufkraft und brachten keine Belebung der Wirtschaft. Trotz dieser schwierigen Umstände haben die Mitglieder treu zur Organisation gehalten und sich werbend für die Gewinnung neuer Mitglieder eingesetzt.

Aus dem Rechtsschutzbericht der Geschäftsstelle ging hervor, daß im Laufe des vergangenen Jahres durch die anhängig gemachten Streitsachen vor den Arbeitsgerichten, Schiedsstellen und Spruchkammern der Sozialversicherungskörperschaften der Betrag von über 10 000 M. für die Mitglieder erstritten worden ist. — An Unterstützungen wurden gezahlt: Arbeitslose 17 667,43 Mark, Kurzarbeiter 10 909,52 M., Kranke 2106,30 Mk., Streik 177 Mark.

Nach Erledigung wichtiger organisatorischer und geschäftlicher Angelegenheiten sprach Kamerad Burcke (Bitterfeld) über die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften in Politik und Wirtschaft. In knappen Sätzen legte er die gegenwärtige Situation dar und kennzeichnete die Methoden des politischen Kampfes unserer Gegner. Seine Ausführungen waren ein Appell an die Funktionäre, in diesen Tagen Bekennermut zu zeigen und nicht zu erlahmen im Kampfe zur Abwehr der faschistischen Reaktion.

## Geschäftsstelle Hamm.

Am 19. Februar tagte in Hamm die Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Hamm. Geschäftsführer Rosemann konnte über eine rege Tätigkeit auf allen gewerkschaftlichen Gebieten berichten. Innerhalb des Geschäftsstellenbereiches fanden im Berichtsjahr 3008 Entlassungen statt, der Belegschaftsstand ist von 33 974 im Jahre 1925 auf 13 895 gesunken. Feierschichten wurden 646 eingelegt und brachten einen Lohnverlust von 6 500 000 M. Die getätigten Betriebsrätewahlen brachten überall einen Stimmenzuwachs für den Verband. Die Zahl der tödlichen Unfälle betrug 28, wovon allein 10 auf die Zeche de Wendel entfallen.

Ein trübes Kapitel für die Bergarbeiter ist das Verhalten der Bergbehörde bei Beschwerden über Mißstände in den Gruben. Immer wieder muß die Feststellung gemacht werden, daß die Beschwerden zugunsten der Zechen entschieden werden. Befahrungen mit den Betriebsräten sucht die Bergbehörde am liebsten zu vermeiden. Das Freundschaftsverhältnis der Zechenverwaltungen zu den Bergrevierbeamten geht so weit, daß letztere zum Teil mit Magerkohlen und Badeeinrichtungen von den Zechen beliefert wurden. Dadurch schwindet in Bergarbeiterkreisen das Vertrauen zur Bergbehörde immer mehr

Rechtsschutzsekretär Krämer berichtete, daß an 2608 Personen Auskunft erteilt, 1047 Schriftsätze angefertigt und 48 745 M. auf dem Klagewege erstritten worden sind. Vertretungen am Arbeitsgericht fanden 70 und am Oberversicherungsamt 72 statt.

Als Mitglied für die Ruhrbezirksleitung wurde Kamerad Fröba wiedergewählt.

Ueber die wirtschaftliche Lage sprach dann Kamerad Borgschulze vom Hauptvorstand; er behandelte aktuelle Fragen und Probleme.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gegen die Kündigung des Lohn- und Manteltarifs durch den Zechenverband schärfster Protest erhoben und verlangt, alle Abwehrmaßnahmen zu treffen, um weitere Verschlechterungen der Lebenslage der Bergarbeiter zu verhindern.

## Geschäftsstelle Gladbeck.

Nach den üblichen Jahreswahlen nahm Kamerad Dehmel vom Ruhrbezirk das Wort zur wirtschaftlichen und politischen Lage. In gedrungener Form wies er darauf hin, daß die Wirtschaftsankurbelung durch Senkung der Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten und Unterstützungen aller Arten vollständig mißlungen sei, da die versprochenen Preissenkungen auch nicht im entferntesten mit den Kürzungen der Einkommen des Volkes Schritt gehalten hätten. Ferner wies der Redner auf die in die Milliarden gehenden Fehlinvestierungen hin, für die man von der schuldigen Seite her den so viel gehaßten Marxismus, der bisher noch nie in Deutschland bestanden hat, verantwortlich machen will. Zur Dolchstoßlegende führte der Redner aus, daß der verlorene Krieg ein Maschinenkrieg war und nur der Partner Aussicht auf günstigen Ausgang hatte, der das meiste Material (Erze, Metall usw.) zur Verfügung hatte und daß Deutschland von diesen Mitteln schon 1917 fast vollständig entblößt war, als Amerika mit seiner großen Ausrüstung in den Weltkrieg eintrat. Schon ein halbes Jahr vor Kriegsschluß sandte die oberste Heeresleitung Telegramme nach Berlin, Frieden zu schließen, da zur Zeit noch Möglichkeiten bestünden, einen tragbaren Friedensschluß zu bekommen. Im Schützengraben hätte schon längst die Meinung geherrscht: „Gleiche Löhnung, gleiches Essen, da wär' der Krieg schon längst vergessen!" Trotz alledem hatten die auch so viel beschimpften Hunderttausende der Marxisten bis Kriegsende in jeder Beziehung ihren Mann gestanden.

Planmäßige Bedarfswirtschaft, wie sie von der freiorganisierten Arbeiterschaft schon längst gefordert wird, an Stelle der Profitwirtschaft muß durchgeführt werden, so schloß Kamerad Dehmel seine mit Ueberzeugung vorgetragenen Ausführungen, nachdem er noch auf die große Bedeutung der Betriebsrätewahlen hingewiesen hatte.

Die Konferenz der Spitzenfunktionäre der Geschäftsstelle Gladbeck schloß sich diesen Ausführungen ohne jede Aussprache einstimmig an. Sie richtet an die Gesamtarbeiterschaft das dringende Ersuchen, in der Stunde der Gefahr alles Zersplitternde an die Seite zu stellen und einmütig Mann an Mann in unserem Verbande, in den freien Gewerkschaften und mit anderen Gewerkschaftsrichtungen die Interessen der Arbeiterschaft und damit des ganzen Volkes zu vertreten.

## Geschäftsstelle Bernburg.

Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, der in der am 19. Februar stattgefundenen Konferenz gegeben wurde, war zu entnehmen, daß trotz Stillegungen, trotz Rückgangs der Belegschaftszahl um 1500 Mann und trotz immer wiederkehrender Anfeindung von links und rechts Mitgliederzahl und Kassenbestand stabil geblieben sind. An Unterstützungen wurden insgesamt 43 106,09 M. gezahlt. Ueber die Hälfte davon wurde für Kurzarbeiterunterstützungen (Feierschichten) ausgegeben. Durch das Krümper- und Feierschichtensystem wurden 33 058 Feierschichten eingelegt. Im Klagewege wurden zur Betreuung der Mitglieder bei den verschiedensten Instanzen insgesamt 9878,45 M. erstritten.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Kameraden Mugrauer (Bochum) über „Unsere Zukunftsarbeit". In kritischer Beleuchtung behandelte er die Machenschaften unserer Gegner von rechts und links. In markanten Sätzen umriß er das Vorhaben der heutigen Machthaber. In längeren Ausführungen zeigte er, wie es überhaupt möglich war, daß der heutige Reichskanzler Hitler mit Papen und Hugenberg das Steuer der Reichsregierung in die Hand bekam. Der Redner befaßte sich dann mit dem Umbau des heutigen Staatssystems, der Zollpolitik und Osthilfe. Schließlich beschäftigte er sich mit den bevorstehenden Betriebsratswahlen und gab eine Schilderung, mit welchem Krampf die RGO.- und Nazileute sich in den Betrieben betätigen. In seinen erschöpfenden, sehr leicht verständlichen Ausführungen wies er darauf hin, daß die Demokratie und die sachliche Zusammenarbeit von Massen und Führern die Grundlage unseres Verbandes ist. Sie muß sich besonders in der nächsten Zeit bewähren, damit unsere Organisation auch für den schlimmsten Ernstfall gerüstet ist.

In der Aussprache betonten alle Redner, daß die Empörung der Mitglieder über ihre elende Lage, über die Bestrebungen der Unternehmer und der heutigen Machthaber sehr groß ist. — Nachdem noch einige Anfragen beantwortet waren, wurde die von einem tiefen Geist getragene Konferenz geschlossen.

## Geschäftsstelle Illingen.

Kamerad Bernarding ergänzte den gedruckt vorgelegten Geschäftsbericht. Die Weltwirtschaftskrise habe sich im Jahre 1932 sehr stark ausgeprägt. Wirtschaftlich sei die deutsche Arbeiterschaft an die Grenze ihrer Existenzmöglichkeit geführt worden. Etwa 100 Feierschichten, das sind fast vier Monate, hätten die Saarbergarbeiter im letzten Jahr feiern müssen, ohne nur einen Centimes Kurzarbeiterunterstützung von der Regierungskommission erhalten zu können.

Nachdem der Redner die innere Verwaltungstätigkeit sowie Organisationsfragen noch eingehend erörtert hatte, konnte er erfreulicherweise feststellen, daß sich trotz der starken Krise und des stetigen Belegschaftsabbaues die Mitgliederzahl im Bezirk Illingen im Jahre 1932 gehoben hat.

Hierauf sprach Kamerad Ammann über „Arbeiterschaft und Staat". Die Deutsche Reichsverfassung habe in ihrem 1. Artikel der deutschen Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben, ihr Geschick selbst zu meistern. Wenn das die deutsche Arbeiterschaft nicht verstände und zu ihrem Schaden von den Scharlatanen der Großgrundbesitzer und Industriebarone geknutet würde, so hege er doch die Hoffnung, daß am 5. März die deutsche Arbeiterschaft die Möglichkeit ausnutzen werde, um ihr Schicksal selbst bestimmen zu können.

In seinem Schlußwort wies Kamerad Bernarding darauf hin, daß unsere Vorfahren mit einem Kartätschen-Bismarck fertig geworden sind, daß unsere Alten an der Saar das Königreich Stumm und Hilger niedergeschlagen haben und daß wir in Zukunft auch mit den Vertretern des Kapitals: Hitler, Papen, Hugenberg, Seldte, Göring und Frick fertig werden, wenn wir einig sind.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 5. Februar 1933 in Illingen im Lokale Riehm tagende Jahreskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes (Bezirk Illingen-Saar) stellt mit größtem Bedauern fest, daß die Regierungskommission des Saargebiets den Saarbergarbeitern unverständlicherweise die Kurzarbeiterunterstützung vorenthält.

Im Durchschnitt waren auf den Saargruben im vergangenen Jahre 75 bis 100 Feierschichten zu verzeichnen. Dies bedeutet einen Lohnverlust von 3000 bis 4000 Fr. pro Bergmann im Jahre. Trotzdem der Saarbergmann im vergangenen Jahre gezwungen war, drei bis vier Monate zu feiern, ist er von der Kurzarbeiterunterstützung ausgeschlossen geblieben. Die Konferenz kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Regierungskommission sich gegenüber diesen katastrophalen Verhältnissen des Saarbergmanns bewußt blind zeigt. Wenn die Regierungskommission des Saargebiets nicht von allen guten Geistern verlassen ist, muß sie dieses schreiende Unrecht so bald wie möglich wieder gutmachen.

Die Konferenz erwartet von der Regierungskommission, daß sie den Saarbergarbeitern für den Lohnverlust des vergangenen Jahres nachträglich eine Vergütung gewährt und für das neue Jahr die Erwerbslosenbestimmungen derart ändert, daß auch der Saarbergmann, gleichwie in anderen Betrieben, die Kurzarbeiterunterstützung erhalten kann.

Die Konferenz erkennt an, daß die Bezirksleitung im vergangenen Jahre alles getan hat, um die größte Not von der Bergarbeiterschaft abzuwenden. Die Konferenz spricht der Bezirksleitung ihr Vertrauen aus."

## Betriebsrätekonferenz des Bezirks Zeitz.

Trotz Inanspruchnahme der Gewerkschaftsfunktionäre im politischen Wahlkampf war die im Zeitzer „Volksheim" stattgefundene Betriebsrätekonferenz sehr stark besucht. Ein heißer Kampf wird diesmal um die Betriebsräte geführt, hat sich doch zu denen, die die Betriebsrätetätigkeit politisieren wollen, noch eine Gruppe hinzugesellt: die Nationalsozialisten. Die Gewerkschaften wenden sich gegen jede Politisierung, so führte Kamerad Lehmann (Bochum) in seinem glänzend aufgebauten Referat aus, ganz gleich, ob sie von rechts oder links kommt. Die Tätigkeit der Betriebsräte ist überpolitisch. Es ist ein Unsinn, wie es übrigens die Vergangenheit schon zeigt, die Betriebsräte mit politischen Richtlinien auszustatten. Kein tätiger RGO.-Betriebsrat hat diese politischen Richtlinien durchgeführt, weil es einfach unmöglich ist. Wo aber der Versuch unternommen wurde, z. B. bei Durchführung von Betriebsstreiks, war das Ergebnis, daß ein ganzer Teil der Belegschaft schutzlos auf der Straße blieb. Darüber hinaus gilt es aber die irregeleiteten Arbeiter aufzuklären, daß Nationalsozialisten das Betriebsrätegesetz gar nicht vertreten können, weil Faschismus und Betriebsrätegesetz zwei Gegensätze sind. Faschismus bedeutet Diktatur, stellt also die einzelne Person in den Vordergrund, während das Betriebsrätegesetz kollektiv aufgebaut ist. Das kapitalistische System beruht ebenfalls auf der Einzelpersönlichkeit (dem Individualismus). Somit ist der Faschismus ein Kampf für das kapitalistische System, welches der Einzelpersönlichkeit, dem Unternehmer, eine Befehlsgewalt über die Arbeiter im Betrieb gibt. Dieser Befehlsgewalt setzt das Betriebsrätegesetz eine Grenze auf kollektiver Grundlage, wie ja der Sozialismus kollektiv ist. Auch hier treten die Gegensätze deutlich hervor. Die Nationalsozialisten legen ihren Sozialismus als Aufrichtung des wahren alten Preußentums aus. Das aber bedeutet nichts anderes als Aufrichtung der Kasten- und Ständeherrschaft, also wieder eine Herausstellung der einzelnen Person und Rechtlosmachung der Arbeiterschaft. Eine Einigung der Harzburger Front ist dadurch immer wieder möglich, weil darin deren Vertreter einig sind. Das muß den irregeleiteten Arbeitern gesagt werden, immer und immer wieder, bis sie ihren Irrtum eingesehen haben und die freien Gewerkschaften als die wahren Verfechter von Arbeiterinteressen erkennen.

Nach Beantwortung verschiedener Fragen durch Kameraden Lehmann und der Wahl von vier Kameraden zur mitteldeutschen Betriebsrätekonferenz schloß Kamerad Gräfe die fruchtbar verlaufene Konferenz mit der Ermahnung, alles zu tun, um der freigewerkschaftlichen Liste, der wahren Einheitsliste der Arbeiterschaft, zum Siege zu verhelfen.

## Betriebsrätekonferenz in Köln.

Am 26. Februar tagten im Kölner Volkshaus die Betriebsräte des Kölner Braunkohlenreviers. Kamerad Simon sprach zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen. Er wies dabei auf den Widersinn der RGO.-Politik hin und hob hervor, daß jetzt in kommunistischen Zeitungen die Arbeiter aufgefordert werden, sich für die Erhaltung der alten Löhne und der sozialen Errungenschaften einzusetzen. Wenn dagegen früher immer gesagt worden ist, daß die Gewerkschaften nichts getan hätten, so sei dieses am

**Kameraden! Am 12. März werden in Preußen die Gemeindevertreter, die Vertreter der Kreistage und Provinzialparlamente gewählt. Auch bei diesen Wahlen gibt es nur die Parole:**

# Für ein freies sozialistisches Deutschland!

besten durch die heutigen Aussagen der kommunistischen Presse widerlegt. Gerade dieses zeige deutlich genug, daß die RGO. keine Existenzberechtigung habe. Weiter wies Simon auf die Anstrengungen der Nazis hin, die unter allen Umständen versuchen wollen, bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen ihren Einfluß in den Betrieben zu vergrößern. Auch diese Absicht müsse zerschlagen werden. Darum alle Kraft darangesetzt, daß die Listen der freien Gewerkschaften auf der ganzen Linie siegen.

Nach der Mittagspause berichteten die einzelnen Betriebsräte über ihre Tätigkeit. Diese Berichte bewiesen, daß die Betriebsräte es ernst meinen mit ihrer Aufgabe und daß sie auch tatsächlich in der Lage sind, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu bewältigen und zu beherrschen. Weiter aber blickte aus diesen Berichten die große Not der Arbeiterschaft des Braunkohlenreviers hervor, die durch die vielen Feierschichten, die in jedem Betriebe immer mehr an Zahl zunehmen, noch vergrößert wird. Diese Berichte waren eine einzige Anklage gegen das bestehende kapitalistische System, welches gerade in der Braunkohle durch seine Fehlanlagen gänzlich abgewirtschaftet hat und ersetzt werden muß durch die sozialistische Wirtschaft.

# Die Bedeutung der diesjährigen Betriebsrätewahlen.

Die Wahlen zum Betriebsrat haben in diesem Jahre eine größere Bedeutung als je zuvor. Nicht nur, weil sich zeigt, in welchem Maße Nazis, Stahlhelmer und Gelbe Einfluß auf die Belegschaft gewonnen haben, sondern auch, weil wir nunmehr eine Regierung haben, die nicht Freund des Betriebsrätegesetzes ist. Das Betriebsrätegesetz stellt den ersten zwar geringen Einbruch in die privatkapitalistische Wirtschaft dar. Es ist den Anhängern des Herr-im-Hause-Standpunktes bekanntlich immer noch etwas Unverständliches, daß ein Arbeiter als Vertreter der Belegschaft darüber mitzubestimmen hat, ob einer bestraft und wie hoch er bestraft werden soll. Die heutigen Minister stehen auf dem Standpunkt, daß ein Einfluß der Arbeiter im Betriebe nicht gut sei.

Heute kann die Arbeiterschaft, sofern sie einen Betriebsrat gewählt hat, auf Grund des § 84 BRG. gegen eine Kündigung Einspruch einlegen. Gibt der Arbeiterrat diesem Einspruch statt und verhandelt er ergebnislos mit dem Arbeitgeber, so kann der Arbeiterrat für den gekündigten Arbeiter Klage am Arbeitsgericht anstrengen. In vielen Fällen gelingt es dem Arbeiterrat, wenn er einen rechtskundigen Angestellten mit der Vertretung beauftragt, ein obsiegendes Urteil zu erzielen.

So entstehen dem Arbeitgeber einmal materielle Kosten, die der Arbeiterschaft zugute kommen, zum andern ist aber gerade der Arbeitgeber dadurch gehindert, eine Auswahl in der Belegschaft vorzunehmen, d. h. er kann nicht wahllos den Arbeitern kündigen, die freiheitlich gesinnt sind, und dafür Nazis, Stahlhelmer und Werksgemeinschafter einstellen. Allein diese beiden Tatsachen, daß der Arbeitgeber nicht nach freiem Ermessen bestrafen und selbstherrlich Leuten kündigen kann, um dafür ihm genehme Arbeiter anzulegen, ist für den Arbeitgeber Grund genug, das Betriebsrätegesetz zu bekämpfen.

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen werden zu beweisen haben, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, alle diese Rechte in Gefahr zu bringen. Werden aber bei den Wahlen Nazis, Stahlhelmer und Werksgemeinschafter gewählt, dann bekundet die Belegschaft, daß sie keinen Wert legt auf die Erhaltung des Betriebsrätegesetzes. Die Führer der Nazis, Stahlhelmer und Werksgemeinschafter haben wiederholt in ihren Reden, in Zeitungen und Zeitschriften durchblicken lassen, daß das Betriebsrätegesetz eine „marxistische" Einrichtung sei, die beseitigt werden müsse. Wählt also die Belegschaft Anhänger dieser Meinung, dann werden die Führer daraus schließen, daß die Belegschaft keinen Wert auf die Erhaltung dieses Gesetzes legt.

Und doch ist die Meinung sämtlicher Arbeiter ganz anders. Auch die Kommunisten mit ihrer RGO. bilden keine Gewähr für die Erhaltung dieser Rechte. Die Kommunistenführer haben das Betriebsrätegesetz immer nur als „weiße Salbe" bezeichnet und 1920 heftig gegen das Gesetz gekämpft. Die Kommunisten werden Gewehr bei Fuß stehen, wenn die Reaktion dieses Gesetz aufheben würde. Die einzigste Organisation, die Träger des Betriebsgedankens war und bleibt, ist die freigewerkschaftliche Organisation. Der Arbeiter also, der die Erhaltung des Betriebsrätegesetzes wünscht, hat seine Stimme für einen Kandidaten abzugeben, der einer freien Gewerkschaft, dem Bergbauindustriearbeiterverband, angehört

Warum nun beteiligen sich all die Gegner mit eigenen Listen an den Betriebsratswahlen? Wir wollen eine Grube herausnehmen aus dem oberschlesischen Industriegebiet, die

**Gräfin-Johanna-Schachtanlage**

Hier besteht ein Betriebsrat, der in der Mehrzahl Mitglieder des Stahlheims, der Werksgemeinschaft und der Nazis hat. Wenn die Wahlzeit abgelaufen ist, wird ein Obersteiger als Vorsitzender des Wahlvorstandes gewählt. Nachdem alle Vorbereitungen zur Wahl getätigt sind, läßt man an drei Tagen wählen. Nach dem ersten Wahltag kommt die Wahlurne in das Büro des Obersteigers. Dasselbe geschieht am zweiten und dritten Tage. Nachdem nun am dritten Tage gewählt ist, werden die Stimmen verlesen und es kommt immer eine Mehrheit für die Werksgemeinschafter, Stahlhelmer und Nazis heraus.

Unser Verband und der christliche Gewerkverein erhalten Jahr für Jahr die gleichen Stimmen, aber nie soviel, daß die Mehrheit der Gegner des Betriebsrätegesetzes gebrochen wird. Wenn nun der freigewerkschaftliche Betriebsrat den Bestrafungen und Kündigungen nicht rückhaltlos zustimmt, ersucht die Verwaltung um Zustimmung der Kündigung des betreffenden Betriebsrats, die dann bisher immer mit den Stimmen dieser Leute gegeben wurde und auch in Zukunft gegeben werden wird. Hier ist das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter zu einem Instrument des Arbeitgebers gemacht worden, und zwar durch die Stimmenabgabe der Belegschaft für Kandidaten, die Gegner des Gesetzes sind.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß dieser Arbeiterrat jeder Bestrafung, wie sie der Arbeitgeber vorschlägt, zustimmt. Damit ist der Belegschaft jede Möglichkeit genommen, gegen das eventuelle Unrecht angehen zu können.

Die Arbeiterschaft Oberschlesiens sollte an diesem Beispiel genug haben. Wenn wir nunmehr unsere warnende Stimme erheben und der Belegschaft sagen: „Wählt keine Nazis, wählt keine Stahlhelmer und Werksgemeinschafter", so tun wir das, weil wir nicht wollen, daß das Recht des Arbeiters zum Unrecht wird und daß uns der Arbeitgeber mit den Waffen schlägt, die für uns Schutz und Sicherheit sein sollen.

In der ernsten Stunde, in der heute die Arbeiterschaft lebt, ist es bedauerlich, daß sich die Kommunisten noch nicht davon überzeugen wollen, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit Gewähr abgeben, die Angriffe gegen Recht und Sicherheit des Arbeiters abzuschlagen. Das, was 1920 durch das Betriebsrätegesetz der Arbeiterschaft gegeben wurde, darf nicht wieder untergehen, nicht untergehen durch Zwietracht und Uneinigkeit der Arbeiterschaft. Die Kommunistische Partei ist keine Gewerkschaft. Die RGO. und der Einheitsverband sind nicht in der Lage, das der Arbeiterschaft bieten zu können, was die jahrzehntealte Organisation, der Bergbauindustriearbeiterverband, zu leisten vermag. Deshalb geht der Ruf an alle Bergarbeiter Oberschlesiens, insbesondere an unsere Mitglieder und Funktionäre, sich restlos für die Liste des Bergbauindustriearbeiterverbandes einzusetzen, für diese zu werben und zu kämpfen!

# Die Arbeitslosigkeit in Amerika.

Der Pressedienst des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes verbreitet eine statistische Ermittlung der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten Ende November 1932 nach der Wirtschaftszeitschrift »The Business Week«. Gegenübergestellt ist die Zahl der Beschäftigten im April 1930. Die Aufstellung ergibt folgendes Bild:

| Industrie | Beschäftigte April 1930 | Arbeitslose Nov. 1932 | Prozentsatz der Arbeitslosigkeit |
|---|---|---|---|
| Landwirtschaft | 10 482 000 | 1 786 000 | 17,0 |
| Forstwirtschaft und Fischerei | 270 000 | 108 000 | 40,0 |
| Bergbau | 1 158 000 | 524 000 | 45,2 |
| Fabrikation u. Verarbeitungsindustrien | 14 318 000 | 6 618 000 | 46,2 |
| Transport | 4 439 000 | 1 684 000 | 38,1 |
| Handel | 7 537 000 | 1 613 000 | 21,5 |
| Oeffentliche Dienste | 1 058 000 | 114 000 | 10,8 |
| Freie Berufe | 3 426 000 | 363 000 | 10,6 |
| Hauspersonal | 4 812 000 | 1 692 000 | 35,2 |
| Verschiedenes | 1 333 000 | 750 000 | 56,1 |
| Insgesamt | 48 833 000 | 15 252 000 | 31,2 |

Der besondere Wert dieser Zahlen liegt darin, daß sie zum erstenmal ein gewisses Bild von der Größe und Verteilung der Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Berufe geben, das bisher für die Vereinigten Staaten nicht vorhanden war.

# Verteuert die Profitgier des Unternehmers die Preise?

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" bringt in ihrer Nr. 52 vom 3. März d. J. eine Darstellung von Bilanzzahlen über eine Braunkohlengrube aus dem Kölner Revier, die, soweit uns die dortigen Verhältnisse bekannt sind, nicht den Tatsachen entspricht. Nach dieser Darstellung soll im Jahre 1913 bei einer Belegschaftsziffer von 512 die Produktionsmenge 397 987 To. betragen haben gegenüber 390 159 To. und 479 Beschäftigten im Jahre 1932. Die Produktion soll demnach seit 1913, auf den Kopf des beschäftigten Arbeiters berechnet, nur eine Steigerung von **4,81 Prozent** haben.

Nun liegen aber bereits für das Jahr 1932 die Produktionszahlen des ganzen Kölner Braunkohlenbezirks vor. Nach diesen vorläufigen amtlichen Ziffern beträgt die durchschnittliche Monatsproduktion im Jahre 1932 3 234 866 To. und die Zahl der beschäftigten Belegschaftsmitglieder im Monatsdurchschnitt des Jahres 10 880. Für das Jahr 1913 betragen die Produktionsziffern 1 688 000 To. und die Zahl der Arbeiter 11 157. Es lie[illegible] also in diesem Zeitraum eine Produktionssteigerun[illegible] in dem Revier vor um **91,6 Prozent**. Demgegenüber steht a[illegible] der anderen Seite eine Belegschaftsverminderung von 2,5 Pro[illegible] Der auf je Kopf der beschäftigten Arbeiter entfallende Förde[illegible] anteil ist auch nach der vorliegenden amtlichen Statistik berei[illegible] im 3. Vierteljahr 1932 (das 4. Vierteljahr ist noch unbekann[illegible] **um 105 Prozent höher** als im Jahre 1913. Es gibt im Köln[illegible] Braunkohlenrevier unseres Wissens kein Werk, wo die Produktio[illegible] im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiter einen de[illegible] artigen Stillstand aufzuweisen hätte, wie das in der Behauptun[illegible] der „D. Bergw.-Ztg." dargestellt wird. Hinzu aber kommt noc[illegible] daß der Erlös je Tonne Braunkohlenbriketts im Jahre 1932 u[illegible] annähernd 2,50 Mark höher war als im Jahre 1913. M[illegible] Fug und Recht darf man nach den wenigen Zahlen wohl d[illegible] Behauptung aufstellen, daß eine außerordentlich starke wirtschaf[illegible] liche Ergiebigkeit der Werke im Kölner Braunkohlenrevier vo[illegible] handen ist und der Profit der dortigen Unternehmer gegenüb[illegible] der Vorkriegszeit trotz der gesteigerten Löhne in keiner Wei[illegible] geringer geworden ist.

**10. Woche**

**Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit**

**vom 5. März. bis 11. März 1933**

## Ruhrrevier.

### Lügenfront statt Einheitsfront.

Die kommunistische Ruhrpresse vom 20. Februar veröffen[illegible] licht in sensationeller Form folgende Mitteilung:

„Kumpels schließen Einheitsfront. Am Don[illegible] nerstag, dem 16. Februar, tagte in Bottrop eine gemeinschaf[illegible] liche Mitgliederversammlung der Schachtgruppe des EVBT[illegible] Prosper II sowie der Zahlstelle Bottrop V des Bergbauindustrie[illegible] arbeiterverbandes, die einstimmig das Einheitsfrontangebo[illegible] des EVBD. an den Bergbauindustriearbeiterverband und a[illegible] den christlichen Gewerkverein begrüßte."

Diese Meldung ist völlig aus der Luft gegriffen. An de[illegible] fraglichen Versammlung haben Verbandsmitglieder nicht teil[illegible] genommen. Die in der Zeitung gefeierte Einheitsfront entpupp[illegible] sich somit als eine kommunistische Lügenfront. Kommenta[illegible] überflüssig!

## BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch die Verlagsgesellschaft des Verbandes de[illegible] Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42, zu beziehen.

**Marx — der Denker und Kämpfer.** Gedenkschrift zu seinen[illegible] 50. Todestage unter Mitarbeit von W. Biehahn, A. Crispien[illegible] Th. Dan, P. Kampffmeyer, K. Kautsky, K. Renner, H. Speie[illegible] und A. Stein. Verlag J. H. W. Dietz Nach., Berlin. 1933[illegible] 80 Seiten. Preis 1 M. — K. Renner gibt zunächst eine zu[illegible] sammenfassende Würdigung der Persönlichkeit und des Wirkens von Marx. H. Speier, W. Biehahn und Th. Dan schildern dann die Umwälzung, die Marx auf dem Gebiete der Soziologie, de[illegible] Wirtschaftstheorie und der Politik vollbracht hat. K. Kautsk[illegible] kennzeichnet die Ueberlegenheit des Marxismus über seine Vor[illegible] läufer und A. Crispien seinen Einfluß auf die Gestaltung de[illegible] internationalen Arbeiterbewegung. P. Kampffmeyer gibt zum Schluß in seiner Abhandlung „Der Dietz-Verlag als Bahnbrecher des Marxismus" einen Abriß der geistigen Strömungen im deutschen Sozialismus während des letzten halben Jahrhunderts. So ergibt die Gedenkschrift ein innerlich geschlossenes, zusammenhängendes Bild der theoretischen und praktischen Leistung des Marxismus. Kein Buch der beschaulichen Erinnerung, sondern ein Buch der zum Kampf drängenden Erkenntnis, das in die Hand eines jeden aktiven Sozialisten gehört.

**Die historische Leistung von Karl Marx.** Ebenfalls zum 50. Todestage ist die früher erschienene Schrift von Karl Kautsky neu herausgebracht worden. Ihre übersichtliche und zusammenfassende Darstellung trägt dazu bei, Karl Marx' große Tat für die Wissenschaft und für den Fortschritt der Arbeiterbewegung lebendig zu erhalten. Diese historische Leistung in gemeinverständlicher Weise zu würdigen, ist nicht immer einfach. Doch erfüllt die Broschüre diesen Zweck ausgezeichnet. Es ist deshalb zu wünschen, daß diese leicht faßlich geschriebene Broschüre unter der Arbeiterschaft starke Verbreitung findet. (Zu beziehen durch jede Volksbuchhandlung, 40 Seiten, 30 Pf.)

**Rassenkunde? Rassenwahn?** Ueber Rassenkunde wird soviel geschrieben und es steht so wenig wissenschaftlich fest. Hier wird von berufener Seite in einer aktuellen Abhandlung untersucht, was man als Ergebnis objektiver Forschung betrachten kann und was politisch interessierter Dilettantismus alles geleistet hat. Der Verfasser der Schrift ist Professor Dr. Adolf Hedler. Wir können uns freuen, von berufener Seite eine solche Darstellung zu bekommen. Preis 75 Pf., erschienen im Verlag Dietz (Berlin), vorrätig in unserer Buchhandlung.

**Jeden Kaufmann geht das an!** Wenn wir bereits mehrere Male das Selbststudium nach dem Werk „Die Handelshochschule" erwähnten und heute noch einmal darauf zurückkommen, dann geschieht das nicht ohne Grund. Der Fortgang des Studiums ist so eingerichtet, daß man es in den freien Abendstunden bequem durchführen kann. Es ist kein schlechtes Zeichen für die kaufmännischen Angestellten, daß gegenwärtig bereits über 30 000 von dieser Ausbildungsmöglichkeit Gebrauch machen und täglich neue hinzukommen. Schicken Sie 30 Pf. für Portokosten an den Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W. 35, Genthiner Straße 42, ein, und Sie bekommen ganz umsonst und unverbindlich eine sehr interessante, ausführliche Probelektion „Cr. 3" und einen ausführlichen Prospekt. Es empfiehlt sich dabei, die ganze Berufsbezeichnung anzugeben, damit der Verlag eventuell auf Sonderumstände hinweisen und Sie individuell beraten kann.

So lautet das Urteil der Masse: GEG. ZIGARREN sind Klasse! Billig aus Euerm Konsumverein!

Kameraden, werbt für den Verband!

Piano-Harmonika in feiner Qualität mit Ia. Alum.-Stahl-Stimmstöcken
25 Tasten 12 Bässen 60 M.
34 „ 48 „ 130 „
41 „ 80 „ 180 „
41 „ 120 „ 200 „
Katalog gratis und franko
Herfeld & Comp. Neuenrade Nr. 42 Westf.

Gummi hyg. Artikel Preisl. B3. gratis. Neutraler Versand. „Medicus", Berlin SW68 Alte Jakobstraße 8.

Wissen ist Macht
immer findest du das richtige Buch in deiner Verlagsbuchhandlung des V.d.B.D., Bochum.

Ia Fleischbrüh-Würfel sehr schmackhaft. 100 St. 2.70 (300 St. 8.70 frko.) Nachn. Muster Steindring & Co., Berlin-Steglitz 10 gratis

Peter Zimmer
Politische Gespräche
1. Folge: Ueber Grundbegriffe vom Staate und der Gesellschaft.
80 Seiten stark RM. 1.—
Das Buch sollte in keiner Zahlstelle fehlen.
Zu beziehen durch die
Verlagsgesellschaft des V. d. B. D. Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42

Achtung
Gesucht sofort noch ehrliche Personen für leichte Dauerbeschäftigung im Hause gegen gute Bezahlg.
Kostenlose Auskunft erteilt Deutsche Textilhandelsges. Stn.-Halensee 180 Lief. v. Behörden.

Auskunft kostenlos, wie man von Bettnässen sofort befreit wird. Alter u. Geschlecht angeben. Dr. med. Eisenbach, München 34, Dachauerstr. 15

Käse billiger! 9 Pfd. rote Kugeln 2.95 200 Harzer Käse 2.95 4½ Pfd. Kugeln und 100 Harzer 2.95, ab hier. C. Ramm, Mortorf, Holst. 31

Billigste neue Gänsefedern
mit Daunen, doppelt gereinigt, Pfd. 2,40, beste 2,90, Halbdaun. 3,50, Edel-Daun. 4,50, sehr zarte 5,—, gerissene Federn mit Daunen 2,75, 3,25, hochprima 4,25, allerf. 5,50, Ia. Daunen 8.- u. 9.-. Alle Sorten garant. pa. gewaschen u. gereinigt. Postnachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefallend. nehme auf m. Kosten zurück.
Helene Gielisch, Bettfedern-Wäscherei, Neu-Trebbin 19 (Oderbruch), Wriezenerstr. 45a.

Anzeigen auch die kleinst., haben den denkbar größten Erfolg in der Bergbau-Industrie

Gummi- hygienische Bedarfsart. Seit 37 Jahren ärztl. anerkannt. Prospekte gratis und diskret. B. Unger, Berlin-Schöneberg, Meraner Str. 2.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre
Gute Taschenuhr nur M. 1,60
Nr. 3 Herren-Anh.-Uhr vernick. M 1,60
Nr. 4 versilb. m. Goldr., Scharn „ 2,70
Nr. 5 m. beil. Werk. flach. Form „ 3,60
Nr. 6 Sprungdeckelubr. vergold. eleg. Gehäuse gutes Werk „ 4,90
Nr. 7 Damenuhr. versilb. „ „ 3,00
Nr. 8 Armb.-Uhr m. Riem. verm. „ 2,70
Nickelkette M. 0,30. Doppelkette, g. vergold. „ 2 3. Gar. „ M. 0,80. Kapsel M. 0,25.
Wecker, Ia Messingwerk „ „ 1,85
Jede Uhr hat ein 36stündiges genau reguliertes Werk. Versand gegen Nachnahme. Katalog gern gratis. Uhrenhaus Fr. Reinecke, Braunschweig 55, Gelloftr. 3 Jahresumsatz ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Im direkten Bezug
Bremer Rauchtabak Pfd. Mk. 1.20 bis 5.—
Bremer Zigarren 100 St. Mk. 3.— bis 15.—
Bremer Kaffee täglich frisch geröstet Pfd. Mk. 2.16 bis 3.24 geg. Nachn. Preisl. frei.
Carl Strodthoff, Bremen 42, gegr. 1886

Delikates Pflaumenmus
dick mit Zucker eingekocht
ca. 10-Pfd.-Blecheimer 2,60
ca. 10-Pfd.-Emaileeim. 2,90
Preis ab hier gegen Nachn.
Willy Träe, Magdeburg 7

Man fertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Kat. grat. J. Brendel Limburgerhof 26, Pfz.

30 jähr. Bronchialkatarrh und Husten mit „Silphoscalin" beseitigt. Der 74jähr. J. P. in F. schreibt: „Ich war erstaunt über die Wirkung, fühlte sofort Linderung, nach 8 Tagen war der Husten weg. Ich war glücklich, setzte den Gebrauch der Tabletten aber fort, auch habe ich sie überall empfohlen. Fühle mich jetzt vollständig gesund". Durch das ärztlich empfohlene Silphoscalin kann die Hoffnung vieler Lungenkranker, Bronchitiker, Asthmatiker erfüllt werden. Glas mit 80 Tabl. RM. 2,70 in allen Apotheken erhältlich; wo nicht, dann Rosenapotheke (Abt. 83) München. Verlangen Sie dort kostenlose Zusendung der illustrierten Broschüre.

Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten.
1 Kilo: graue geschlissene Mk. 2,50, halbweiße Mk. 3,—, weiße Mk. 4,—, bessere Mk. 5,— u. 6,—, daunenweiche Mk. 7,— u. 8,—, beste Sorte Mk. 10,— u. 12,—, weiße ungeschlissene Nupfedern Mk. 6,50 u. 7,50, beste Sorte Mk. 9,50
Versand portofrei, zollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes 209 bei Pilsen in Böhmen.

Schriftleitung: Peter Zimmer; verantwortlich für den Textteil: J. Triem; für den Inseratenteil: Wilh. Kauermann, Bochum. — Druck: Verlagsgesellschaft des VdBD., Bochum